

# Überblick

3/03

## Schwerpunkt Integration

- ▶ Integration mit aufrechtem Gang  
Impulstext für das Konsultationsprogramm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW
- ▶ Abstrakte Solidarität - konkrete Konkurrenz:  
Das Verhältnis der klassischen Jugendverbände zu Jugendorganisationen von MigrantInnen

IDA  
NRW

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums  
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen  
9. Jg., Nr. 3, September 2003  
ISSN 1611-9703

**Inhalt****Schwerpunkt: Integration**

- **Integration mit aufrechtem Gang:**  
**Impulstext für das Konsultationsprogramm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen** 3

- **Abstrakte Solidarität – konkrete Konkurrenz:**  
**Das Verhältnis der klassischen deutschen Jugendverbände zu Jugendorganisationen von MigrantInnen**  
 Stephan Bundschuh 11

**Kommentar**

- **Die Differenz von Hilfe, Bildung und Politik - Anmerkungen zu den von Anne Broden vorgeschlagenen Standards interkultureller Pädagogik**  
 Albert Scherr 15

**Was tun gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus?**

- **Projekt „Antisemitismus“ des IDA** 18

**Nachrichten** 18

**Literatur und Materialien** 19

**Veranstaltungen** 23

**Impressum**

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40211 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, [Info@IDA-NRW.de](mailto:Info@IDA-NRW.de), [www.IDA-NRW.de](http://www.IDA-NRW.de)  
 Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)  
 Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 4/2003: 15. 11. 2003.

**Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

„Integration“ ist das Schwerpunktthema dieser Ausgabe des „Überblick“. Es ist ein politisch umstrittenes Thema, weil Integration unmittelbare Auswirkungen auf die Einwanderungsgesellschaft hat und diese Auswirkungen sehr unterschiedlich bewertet werden.

Der Impulstext zum Konsultationsprogramm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW geht auf die mit Migration und Integration einhergehenden Aspekte ein. Er gibt keine Antworten vor, sondern formuliert Fragen, die zur Auseinandersetzung und zum Gespräch einladen. Dies mag skeptisch gesehen werden, mangelte es in den vergangenen Jahren doch nicht an Runden Tischen, Positionspapieren und Verlautbarungen. Es wird hingegen Zeit, dass die Politik aktiv wird. Vielleicht haben der vom Land ernannte Integrationsbeauftragte und der von ihm initiierte Konsultationsprozess ausreichend Einfluss, dass den vielen Worten endlich auch Taten folgen, Taten, die deutlich werden lassen, dass Integration als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und nicht nur als Anforderung an die MigrantInnen verstanden werden muss.

Außerdem finden Sie zum Schwerpunktthema einen Artikel von Stephan Bundschuh zum Verhältnis von mehrheitsdeutschen Jugendverbänden zu Jugendorganisationen von MigrantInnen – ein nun auch in der Jugendverbandsarbeit diskutiertes Thema, dessen Problemlagen hier angedeutet werden.

Albert Scherr antwortet in der neuen Rubrik „Kommentar“ auf die in Nummer 2/2003 veröffentlichten „Standards“ Interkultureller Pädagogik. Reaktionen weiterer Kollegen sind angekündigt.

Dieser Ausgabe des „Überblick“ liegen zwei Ausschreibungen bei, zum einen zur diesjährigen Tagung des Arbeitskreises der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr), zum anderen zur Fachtagung Rechtsextremismus, die IDA-NRW in Kooperation mit dem Landesjugendring NRW und der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW am 19. November 2003 in Düsseldorf durchführt.

Herzliche Grüße

Anne Broden

## Schwerpunkt: Integration

*Integrationsforderung, Integrationskurse, Integrationsleistung, Integrationsmaßnahmen – Integration ist ein gesellschaftlich relevantes Thema, das häufig emotionsgeladen diskutiert wird, und all zu oft scheinen die Positionen festgefahren zu sein. Der Impulstext zum Konsultationsprogramm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW hingegen gibt keine Antworten vor, sondern formuliert Fragen und regt damit zur Auseinandersetzung und zum Gespräch an.*

*Stephan Bundschuh beschreibt in seinem Artikel die Beziehung zwischen klassischen deutschen Jugendverbänden und Jugendorganisationen von MigrantInnen als ein Verhältnis, das einerseits von abstrakter Solidarität (beispielsweise auf der Ebene wortreicher Erklärungen) und andererseits von harter Konkurrenz (u. a. um den schnöden Mammon) geprägt ist.*

## Integration mit aufrechtem Gang: Impulstext für das Konsultationsprogramm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

### „Aufrechter Gang“

Die Vision einer Integration mit aufrechtem Gang klingt einladend. Sie soll es auch, denn es geht darum, an einem Dialogprogramm zwischen Zugewanderten und Mehrheitsgesellschaft mitzuwirken und an runden Tischen einen Grundkonsens über die Ziele der Integration zu entwickeln.

Der berühmte Satz von Ernst Bloch: "Der Mensch unterscheidet sich vom Tier durch den aufrechten Gang, aber er hat ihn noch nicht," gilt immer, insbesondere in Situationen, in denen die Würde des aufrechten Ganges besonders gefährdet ist. Aufrechter Gang meint nämlich nicht, toleriert und geduldet zu sein, sondern enthält den Aufruf zu gegenseitiger Anerkennungskultur.

Der Dialog- und Suchprozess knüpft an Arbeitsergebnisse der Süßmuth-Kommission, am Integrationsbericht der Landesregierung NRW und an der Integrationsoffensive an, die die Landtagsfraktionen in NRW gemeinsam beschlossen haben.

Dabei steht fest: Niemand kann integriert werden, es sei denn, er integriere sich selbst. Deshalb sind die Zugewanderten daran zu beteiligen, die Ziele der Integrationsreise zu bestimmen. Solche Ziele lassen sich nicht

verordnen, sondern nur gemeinsam ermitteln – im Dialog auf gleicher Augenhöhe.

Initiativen zu runden Tischen können ausgehen von Sportvereinen, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Gemeinden, Verbänden, Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern, Initiativgruppen oder von privatem Engagement, kurz: von allen, die spüren, dass die Integration ohne Dialog nicht gelingt.

Deshalb laden wir ein, im Jahr 2003 an möglichst vielen Orten Gesprächsgruppen zu bilden, die Möglichkeiten eines gemeinsamen Integrationsweges suchen und ihre Ergebnisse als Werkstücke zur Vorbereitung für einen Integrationskongress im Jahr 2004 zur Verfügung zu stellen.

Dafür hat der folgende Impulstext lediglich „Geländerfunktion“. Er ist unvollständig und ergänzungsbedürftig und vielleicht gerade deshalb für einen aufgabenorientierten Dialog geeignet. Es geht also um Dialoge mit Werkstattcharakter und um Dialogergebnisse, die als Text-Vorschläge für den Kongress eingesandt werden sollen.

Text-Vorschläge bitte an: Agnes Heuvelmann, Büro des Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW, Fürstenwall 25, 40190 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 8 55-30 11, [Agnes.Heuvelmann@mgsff.nrw.de](mailto:Agnes.Heuvelmann@mgsff.nrw.de)

### Zur Ausgangssituation:

- ◆ Steht noch das Ob, oder nur noch das Wie der Zuwanderung zur Debatte, weil es Wanderbewegungen geben wird, solange es Flucht, Katastrophen, politische Krisen und die Mobilität globalisierter Arbeitsmärkte gibt?
- ◆ Könnten gemeinsame Zukunftsaufgaben helfen, sich gegenseitig nicht nur mit den Defiziten, sondern mit dem Besten wahrzunehmen, das jeweils zur Lösung eingebracht wird?
- ◆ Was ist mehr gefragt: der Werkzeug- oder der Verbandskasten, wenn es gilt, Fremdheit, Resignation, Schuldzuweisungen und Anspruchsdenken zu überwinden?
- ◆ Ebnet Integration kulturelle Identitäten ein, oder gibt sie einer Vielfalt Raum, die erlaubt, angstfrei anders zu sein?
- ◆ Ohne Spracherwerb geht es nicht. Doch kann fehlende Anerkennungskultur dafür die Motivation lähmen?
- ◆ Bedeutet Integration, dass sich Menschen unterschiedlicher Richtungen abholen, um gemeinsame Wegstrecken in die Zukunft zu finden?

- ◆ Integration bedeutet nicht, andere kulturell zu kolonisieren und ihnen die religiöse Identität zu rauben. Doch ist man mit sich umso identischer, je unangepasster man lebt?
- ◆ Bedeutet Integration, Türken zu germanisieren, Muslime zu säkularisieren und aus Ostmenschen Westmenschen zu machen?
- ◆ Stadtteile mit hohem Migrantanteil drohen der Politik zu entgleiten. Lautet die Frage also, ob wir es uns leisten können, Zugewanderten mehr politische Teilhabe zu bieten, oder lautet sie, ob wir es uns leisten können, dies nicht zu tun?
- ◆ Sollen auch Ausländer ihre Interessen politisch vertreten dürfen? Wie können sie sich vor dem Vorwurf schützen, nur zu fordern?
- ◆ Wie müssen Integrationshilfen angelegt sein, damit sie eine erlebbare Subjektrolle, Selbstachtung und die Würde der eigenen Tat erlebbar machen?
- ◆ Integration gelingt nur als Gratwanderung zwischen den Extremen von Assimilierung und Parallelgesellschaft. Was haben Zugewanderte und Mehrheitsgesellschaft zu tun, um diese Gratwanderung zu erleichtern?
- ◆ Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für den Integrationsprozess, doch auch auf Rechnung der Kommunen?

Positionen aus der Integrationsdebatte	Gegenpositionen
<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Zuwanderung ist zu begrenzen.</li> <li>◆ Wir brauchen eine homogene Kultur, denn nur kulturelle Einheit hält die Gesellschaft zusammen.</li> <li>◆ Europa ist eine christlich geprägte Gemeinschaft.</li> <li>◆ Haben nicht überall die Gastgeber das Sagen?</li> <li>◆ Ethnische Nischen entwickeln sich zu einem inneren Ausland.</li> <li>◆ Sprachkompetenz ist das eigentliche Tor zur Integration.</li> <li>◆ Je integrierter, desto deutscher!?</li> <li>◆ Stadtteile mit hohen Migrantenanteilen entgleiten der Politik.</li> <li>◆ Migranten müssen schneller integriert werden.</li> <li>◆ Integration löst die Migrationsprobleme.</li> <li>◆ Dialog bedeutet Selbstaufgabe.</li> <li>◆ Muss nicht im Exil die kulturelle Tradition mit besonderer Treue bewahrt werden?</li> <li>◆ Integration scheitert an Tendenzen zur Parallelgesellschaft.</li> <li>◆ Integration heißt fördern und fordern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie der Zuwanderung, denn ohne sie droht Vergrößerung.</li> <li>◆ Angesagt ist kulturelle Vielfalt statt Einfalt.</li> <li>◆ Es geht nicht um Weltanschauung, sondern um Wertegemeinschaft.</li> <li>◆ Integration ist der Schritt vom Gast zum Bürger.</li> <li>◆ Brauchen nicht auch Deutsche im Ausland ihre Sprachgemeinschaft?</li> <li>◆ Wer ist motiviert, die Sprache derer zu lernen, von denen er sich abgelehnt fühlt?</li> <li>◆ Muss Integration wirklich Volkstumswechsel, kulturelle Selbstaufgabe und Einebnung von Identitäten bedeuten, wo doch Vielfalt die Stärke einer Nation ausmacht?</li> <li>◆ Das gilt in einer Demokratie für alle Bereiche ohne politische Teilhabe.</li> <li>◆ Niemand kann integriert werden, es sei denn er integriere sich selbst.</li> <li>◆ Viele sind integriert, ohne akzeptiert zu sein.</li> <li>◆ Dialog bedeutet Selbstfindung im Spiegel der Anderen.</li> <li>◆ Sie ist zu bewahren, um bewahrt werden zu können. Ist man wirklich umso identischer, je unangepasster man lebt?</li> <li>◆ Beschreiten nicht auch deutsche Emigranten den Weg der Umwegintegration: Erst Zuflucht in der eigenen Ethnie, dann Öffnung in die fremde Gesellschaft?</li> <li>◆ Doch dabei bleibt der <i>Akkusativ!</i></li> </ul>

**Integration, Akzeptanz und Identität:**

- ◆ Stehen die Ziele der Integration bereits fest, oder sind sie eher ein Suchwort, eine Großbaustelle und ein Thema für Weg- und Lerngemeinschaften?
- ◆ Welche Schritte erfordert eine gegenseitige Anerkennungskultur?
- ◆ Ist eine Umwegintegration in ethnischen Nischen ein guter oder ein Abweg?
- ◆ Bilden nicht auch Teile der Mehrheit Parallelgesellschaften, um unter sich zu bleiben?
- ◆ Müssen Erfahrungen, Traditionen und Lebenslagen, die unterscheiden, auch trennen?
- ◆ Ist Integration eine Sonderaufgabe für Spezialisten oder Querschnittsaufgabe und Thema gesamtgesellschaftlicher Verantwortung?
- ◆ Wie lassen sich die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in der Exekutive deutlich abgrenzen, doch konzeptionell zusammenführen?
- ◆ Ist Integration erst gelungen, wenn sie im Alltag kein Thema mehr ist?
- ◆ Was ist mit Identität gemeint: Identität im Gleichgewicht, Patchwork-Identität, Doppelidentität, Teilidentität, erworbene oder zugeschriebene Identität, offene Identität oder Trotz- und Bunkeridentität, Rechthaber- und Ausgrenzungsidentität, individuelle oder kollektive Identität?
- ◆ Wie ist psychischer Migrationsstress zu begrenzen?
- ◆ Beginnt Integration bereits mit dem Entschluss zur Auswanderung, allerdings mehr in eine Wunschheimat als in die neue Wirklichkeit?
- ◆ Kann ein Nicht-Migrant die Verlusterlebnisse nachempfinden, denn Heimat bedeutet auch Sinnzusammenhänge, vertraute Orientierungsmuster, Sprachgemeinschaften, Identität-bildende Gruppenzugehörigkeit und berufliche Existenz?
- ◆ Bedeutet Migration Rettung oder Verunsicherung, Orientierungsverlust und soziale Isolierung, von der vor allem Jugendliche betroffen werden?
- ◆ Wie lässt sich die hohe Anfangsmotivation zur Integration erhalten?
- ◆ Bedeutet Integration mehr, Defizite abzubauen, oder eher, Fähigkeiten zu fördern?

**Formen der Integration:**

- ◆ *Integration der Zugewanderten*
- ◆ *Integration Einheimischer in eine geänderte Gesellschaft*
- ◆ *Individuelle Integration*
- ◆ *Strukturelle Integration*
- ◆ *Kulturelle Integration*
- ◆ *Wirtschaftliche Integration*

- ◆ *Rechtliche Integration*
- ◆ *Nischengesellschaft als Teilintegration*

Gibt es für die jeweilige Integrationsform Visionen?

Warum muss sich auch die Mehrheit neu integrieren?

Viele Migranten nutzen vorhandene Beratungen und Hilfen nicht oder nur wenig. Offensichtlich gibt es Angst vor Behörden auf Seiten der Migranten oder auch abweisendem Verhalten in Institutionen. Was kann getan werden, um die Nutzung vorhandener Angebote besser zu ermöglichen?

Gibt es strukturelle Integrationsblockaden?

Wie lässt sich der kulturelle Reichtum der Migranten sichtbar machen?

Lassen sich Formen sprachlicher und wirtschaftlicher Integration so bündeln, dass beides effizienter wird?

Was ist zu tun, damit das Leben in ethnischen Nischen nicht zur Dauerlösung wird?

**Lebenslagen mit besonderem Dialogbedarf:**

- ◆ *Kinder*
- ◆ *Kinder im Vorschulalter*
- ◆ *Jugendliche*
- ◆ *Eltern*
- ◆ *Bi-nationale Paare*
- ◆ *Familien*
- ◆ *Frauen*
- ◆ *Ältere Menschen*
- ◆ *Kranke, Behinderte*
- ◆ *Männer*
- ◆ Kinder von Migranten machen beim Eintritt in den Kindergarten oft die bittere Erfahrung, dass ihre Muttersprache nicht gilt, während andere Kinder ihre sprachliche Überlegenheit ausbauen. Lässt sich vorbereitend oder durch spezielle Förderung in der Eingewöhnungsphase mehr interkulturelle Chancengleichheit schaffen?
- ◆ Gehört zur Persönlichkeitsentwicklung nicht auch ein gleichberechtigter Religionsunterricht?
- ◆ Für viele Kinder ist die multiethnische Gesellschaft bereits Realität. Andere bekommen ein Migrantenbewusstsein erst durch das abgrenzende Verhalten anderer. Wie sind sie vor prägenden Negativerfahrungen zu schützen?
- ◆ Wie ist die sprachliche Kompetenz von Migrantenkindern in ein Sprachlernkonzept zur Mehrsprachigkeit einzubeziehen?

- ◆ Stimmt die These der Shell-Jugend-Studie, dass Ablehnung dort am größten ist, wo Berührungspunkte am geringsten sind?
- ◆ Gehört zum Integrationsauftrag der Schulen auch eine spezielle Elternarbeit?
- ◆ Wie lassen sich Spielgruppen unterschiedlicher Kulturkreise fördern?
- ◆ Wie ist die Brückenfunktion des muttersprachlichen Unterrichts zu verbessern?
- ◆ Welche Hilfen brauchen Jugendliche und Eltern angesichts kulturell besonders zugespitzter Generationenkonflikte?
- ◆ Welche kulturell angepassten Formen erfordert das Altwerden in Deutschland?
- ◆ Wie entstehen islamische Betreuungsorganisationen für Alte, Kranke, Suchtanfällige und Straffällige?
- ◆ Sportvereine integrieren mehr als andere. Doch ein ethnisch organisierter Sport kann auch das Gegenteil bewirken. Könnte der Sport seine Integrationswirkung vergrößern, wenn mehr Migranten Schiedsrichter und Übungsleiter wären, wenn ethnische Vereine bei Wettkampfsystemen nicht benachteiligt, wenn diese organisatorisch verlässlicher würden und wenn es eine finanzielle Chancengleichheit gäbe?

#### **Besondere Migrationsgruppen:**

- ◆ *Flüchtlinge*
- ◆ *Menschen mit zeitweiligem Aufenthalt*
- ◆ *Menschen ohne Aufenthaltstitel*

#### **Flüchtlinge**

- ◆ Welche Integrationsschritte sind während der Verweildauer zu ermöglichen und zuzumuten? (Schule, Arbeit, Jugendhilfe)
- ◆ Wie sind etwaige Rückführprogramme humaner und entwicklungspolitischer anzulegen?
- ◆ Sind für staatenlose Gruppen wie z. B. Roma besondere Integrationsmodelle zu entwickeln, um das Einleben in ihrer, durch Bürgerkriege veränderten Heimat zu erleichtern?
- ◆ Wie lassen sich objektivere Urteile über das Ende politischer Verfolgung finden?
- ◆ Ist Integration nur anerkannten Asylbewerbern vorbehalten? Wie sind Wartezeiten konstruktiver zu nutzen, ohne Sogwirkungen zu verstärken?
- ◆ Wie kann eine systematische Betreuung unbegleiteter Flüchtlingskinder sie vor Abhängigkeit, Maffiastrukturen und Illegalität bewahren?

#### **Menschen mit zeitweiligem Aufenthalt**

- ◆ Sind Pendlermigranten nur ‚Gäste‘, oder haben sie und ihre Kinder auf ihre Lebenslage zugeschnittene Integrationsansprüche?

#### **Menschen ohne Aufenthaltstitel**

- ◆ Die Franzosen sprechen nicht von ‚Illegalen‘, sondern verdächtigungsfreier von Menschen „sans papiers“ (ohne Papiere), denn viele von ihnen haben in ihrem Überlebenskampf keine andere Chance, als im Ausland unterzutau-chen. Doch sie leben rechtlich wehrlos, weil sie sonst enttarnt und abgeschoben würden. Wo aber Wehrlose sind, entstehen Täterstruk-turen und mit ihnen steigt die Brutalisierung des Stadtklimas. Wie kann rechtlicher Schutz ohne zusätzliche Sogwirkung für weitere ‚Ille-gale‘ gewährt werden?
- ◆ Wie sind unterhalb der Ebene der Legalisie-rung Hilfen in medizinischen Notfällen, bei Schwangerschaft und Geburt, der Schutz vor Hunger und Obdachlosigkeit, Schulbesuch und Schutz vor Kriminellen ohne „aufenthalts-rechtliche Offenbarung“ zu ermöglichen?
- ◆ Sogenannte ‚Illegale‘ haben keinen Anspruch auf Legalisierung, sprachliche, wirtschaftliche und politische Integration. Doch als Teil der Gesellschaft sind sie präventiv und tatsächlich vor Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausbeutung zu schützen. Diese Lebensrealität darf Integrationspolitik nicht außer Acht lassen. Die Spannung zwischen ordnungspoli-tischem und sozialpolitischem Denken kann weniger prinzipiell, sondern eher im Einzelfall und ohne moralische Diffamierung der einen oder anderen Seite gelöst werden.

#### **Dialog zwischen Zugewanderten und Einheimischen:**

- ◆ *Dialogruinen*
- ◆ *Dialogziele*
- ◆ *Interkultureller Dialog*
- ◆ *Das Meinungsklima*

#### **Dialogruinen**

- ◆ Eine kritisch-konstruktive Offenheit gelingt nur jenseits moralischer Überlegenheitsansprüche, Verdächtigungen, Verschwörungstheorien, Wahrheitsmonopolen und der Lehrstühle der Wissenden.
- ◆ Sie gelingt denen, die sich nicht in anklägerischer oder rechthaberischer Absicht begegnen und aus dem Dialog keinen Doppelmonolog machen.
- ◆ Dialogruinen vermeiden die, die wissen, dass das Hören ein physikalischer und das Zuhören ein moralischer Vorgang ist, die ihre Sprache entfenden, die das Problem hinter den verbalisierten Problemen suchen und die gemeinsame Aufgaben finden, die nicht die Schwächen, sondern die Stärken der jeweils Anderen interessant machen.
- ◆ Runde Tische sind keine Verhandlungstische, bei denen es um taktische Argumentations-

vorteile oder gar um argumentative Sieger und Besiegte geht.

- ◆ Sie sind auch kein Tribunal und gleichen nicht einer Fußballmannschaft, die nur aus Schiedsrichtern besteht.
- ◆ Sie führen nicht zu Stellungskriegen, sondern zu Weggemeinschaften.
- ◆ Zur Neugier stiften vor allem die an, die wissen, das kulturelle Vielfalt besser ist als kulturelle Einfalt.
- ◆ Auch Rivalitäten zwischen Migrantengruppen sind Schritte zu Dialogruinen.
- ◆ Wolkige Dialoge haben ebenso geringe Chancen wie allzu detailbezogene.
- ◆ Wer Runde Tische nicht neu zusammensetzt und alte Dialogfronten mitschleppt, schafft Voraussetzungen für ihr Scheitern.
- ◆ Kann man sich zu Beginn auf ergebnisorientierte Kriterien verständigen?

### Dialogziele

- ◆ Es geht um aufgabenorientierte Dialoge, die zu Teilthemen der Integration Werkstücke erarbeiten und diese zur Vorbereitung des Integrationskongresses 2004 zur Verfügung zu stellen.
- ◆ Dabei sind gemeinsame Lern- und Suchprozesse ebenso wichtig wie inhaltliche Ergebnisse.
- ◆ Dialoge sollten Gemeinsamkeiten in den Zukunftsinteressen aufspüren.
- ◆ Sie sollten ferner darauf abzielen, Beispiele gelungener Integration nachahmungsfähig zu machen.
- ◆ Sie sollen Begegnungen in fragender statt rechtfertigender Absicht ermöglichen.

### Interkultureller Dialog

- ◆ Er ebnet den Übergang von der Weltanschauungs- zur Wertegemeinschaft.
- ◆ Er wird zum Spiegel für die jeweils eigene kulturelle Ergänzungsbedürftigkeit.
- ◆ Er respektiert religiöse und relativiert traditionelle Unbedingtheitsansprüche.

### Das Meinungsklima

- ◆ Es wird vom Negativinteresse von Medien und Stammtischen und von Abgrenzungsinteressen religiöser und ethnischer Gruppen geprägt.
- ◆ Ein Negativinteresse entsteht ferner durch Überfremdungsängste und bei Migranten, die sich als Opfer der Gesellschaft verstehen.
- ◆ Das Meinungsklima wird auch von den Narben der Religionsgeschichte geprägt, die nicht aufgearbeitet sind und von Demagogen genutzt werden.
- ◆ Es wird auch von religiösen Gruppen und von Verbänden gefährdet, die glauben, im Inte-

resse der Mitgliederbindung Außenstehende als potentielle Gegner darstellen zu müssen.

- ◆ Zu den Gefährdungen des Meinungsklimas gehören ferner Klischees wie das „des Deutschen“ und das „des Türken“.
- ◆ Ein nachhinkendes Bewusstsein nimmt verspätet wahr, dass es schon jetzt eine größere Publikumsvielfalt gibt und in absehbarer Zeit fast die Hälfte der Leser, Hörer und Zuschauer einen Migrationshintergrund haben.
- ◆ Lassen sich gegen solche Trends kommunikative Gegengewichte, Fairnessregeln, verstärkte Berichterstattung aus den Herkunftsländern und mehr interkulturelle Kompetenz in der Journalistenausbildung und der Personalauswahl entwickeln?

### Beteiligung am öffentlichen Leben:

- ◆ *Abschottungstendenz*
- ◆ *Wohnumfeld*
- ◆ *Selbstorganisation der Migranten*
- ◆ *Beteiligungsmodelle*
- ◆ *Institutionelle Interessenvertretung*
- ◆ *Politische Partizipation*
- ◆ Ohne Subjektrolle geht es nicht. Doch wie sind würdige Partizipationschancen zu organisieren?
- ◆ Welche Stufen gibt es zwischen Minimal- und Maximallösungen und als Beteiligungsformen in Stadtteilen, Schulen, Arbeitsstellen, Weiterbildungseinrichtungen und kommunalen Ausschüssen?
- ◆ Die Belange aller Bürger sind nach der Gemeindeordnung gleichwertig. Auch im Grundgesetz ist das Gebot, die Würde aller Menschen zu achten, mehr als schmückendes Beiwerk und verpflichtet zur Achtung des Anderen nicht trotz, sondern wegen seiner Andersartigkeit. Welche Schritte sind geeignet, sich diesem Ziel zu nähern?
- ◆ Wie sieht die ideale Selbstorganisation der Migranten auf kommunaler und auf Landesebene aus? Wie lassen sich ihre Entscheidungskompetenz und ihre Mitwirkungsrechte verbessern?
- ◆ Wie werden sie zu Brücken nach „außen“ wie nach „innen“? Nach „außen“ fordern und fördern sie die Öffnung der kulturellen, sozialen, politischen und administrativen Strukturen, wenn sie als „eigenständige Verhandlungspartner“ akzeptiert sind. Können sie auch nach „innen“ Erwartungen und Forderungen der Aufnahmegesellschaft vermitteln?
- ◆ Ist es Öffnung oder Abschottung, wenn die Selbstorganisationen vor allem kulturelle, sprachliche, religiöse Werte und Traditionen pflegen?

- ◆ Lässt sich für religiöse Verbände der Migranten ein neuer, rechtlich angemessener Status oberhalb des Vereinsrechts erfinden?
- ◆ Welche Vor- und Nachteile hätte die Gründung eigener Sozialverbände der Migranten?
- ◆ Besteht auch die Gefahr, dass Selbstorganisationen der Migranten Ressentiments bunkern und verstärken, sich zu Klagemauern entwickeln und letztlich den eigenen Zielen im Wege stehen?

#### **Soziale und sprachliche Integration:**

- ◆ *Deutsch als Tor zur Integration*
- ◆ *Sprachliche Integration der Kinder*
- ◆ *Sprachgettos überwinden*
- ◆ *Schulische Situation*
- ◆ *Mehrsprachigkeit*
- ◆ *Gesundheit, psychische Krankheit*

#### **Sprache:**

- ◆ Wie ist die Anfangsmotivation neuer Zuwanderer zum Spracherwerb zu erhalten und besser zu nutzen?
- ◆ Welche Integrationsverpflichtungen sind nachziehenden Heiratsmigranten zuzumuten?
- ◆ Was könnten und sollten Eltern tun, um die schlechteren Startchancen ihrer Kinder zu kompensieren?
- ◆ Stimmt es, dass eine fehlende Anerkennungskultur die Motive zum ohnehin mühsamen Spracherwerb zusätzlich mindert?
- ◆ Fördert oder belastet ein muttersprachlicher Unterricht das Erlernen der deutschen Sprache? Stimmt es, dass die gezielte Förderung der Muttersprache als Sozialisations- und Sozialisierungssprache das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert?
- ◆ Wie lassen sich muttersprachlicher und Englisch-Unterricht zeitlich zuordnen?
- ◆ Mehrsprachigkeit ist ein Vorteil, doch zwei halbe Sprachen sind ein Problem. Es lässt sich entschärfen, wenn Kinder miterleben, wie sich auch die Eltern um Sprachkompetenz bemühen und sich nicht in die bequemere ethnische Sprachnische zurückziehen.
- ◆ Wäre es sinnvoll, einen Sprachkurs "Deutsch für Ausländer" im Fernsehen anzubieten?
- ◆ Gibt die Wechselwirkung von Anerkennungskultur und Motivation für den Spracherwerb der Mehrheitsgesellschaft eine Mitverantwortung für den Erwerb ausreichender deutscher Sprachkenntnisse?
- ◆ Zur Anerkennungskultur gehört die Einsicht, dass Deutschland nicht nur ein Einwanderungsland ist, sondern auch sein will.
- ◆ Sind die Zuwanderer an den Kosten ihrer sprachlichen Ausbildung zu beteiligen?

- ◆ Wie lassen sich Angebote zur Sprachförderung für Mütter und Kleinkinder erweitern?

#### **Nachholende Integration:**

- ◆ Zeigt die Tatsache, dass knapp ein Drittel der Migranten-Kinder die Schule ohne Abschluss verlässt und dass sie überproportional arbeitslos und von der Sozialhilfe abhängig sind, die Notwendigkeit "nachholender Integration" früherer Migranten?

#### **Stadtteile:**

- ◆ Stimmt es, dass der, der dazu beiträgt, dass sich das Leben der Kinder ausnahmslos in Stadtteilen eigener Muttersprache abspielt, und ihnen die Möglichkeiten gemeinsamer Spiel- und Freizeitangebote nimmt, ihnen wesentliche Zukunftschancen raubt?

#### **Bildung:**

- ◆ Inwieweit sind Lehrmaterialien, Unterrichtsinhalte, Unterrichtsprogramme, und insbesondere Geschichts- und Religionsbücher unter Integrationsperspektiven zu überarbeiten?
- ◆ Die Schulen sollten sich stärker für Lehrer und Erzieher mit interkultureller Kompetenz öffnen. Bedeutet das, nicht nur bei Neueinstellungen stärker auf die interkulturelle Kompetenz von Bewerbern zu achten, sondern sie auch bei Beförderungen besonders zu berücksichtigen?
- ◆ Wie kann in Kindertagesstätten und Schulen die Mehrsprachigkeit durch ein fundiertes Wissen über die Sprachentwicklung von Kindern gefördert werden?

#### **Eltern:**

- ◆ Wie lassen sich Migranten anregen, verstärkt in Organen der Schule für Mitverantwortung und in Elternforen mitzuwirken?
- ◆ Wie können Schulen auch zu Institutionen der Elternbildung werden?
- ◆ Wie kann das Integrationsthema verstärkt in der Elternarbeit der Kindergärten vorkommen und wie lassen sich zugewanderte Mütter und Väter stärker in den Erziehungsalltag einbeziehen?

#### **Freizeit:**

- ◆ Spart der, der an Jugendtreffs spart, langfristig wirklich Geld?
- ◆ Weisen ethnische Sportvereine mehr mangelnde Integrationsbereitschaft oder mehr auf Diskriminierung durch Sportorganisationen nach deutschen Strukturen hin?
- ◆ Wie sind die kulturellen Bedingungen für den Sport zugewanderter Frauen und Mädchen zu verbessern?
- ◆ Wie ist eine Ethnisierung von Gewalt in und nach Großveranstaltungen zu vermeiden?
- ◆ Warum berücksichtigt die Sportberichterstattung vorwiegend die Sportszene der Mehrheitsgesellschaft?

### Integration in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und in Verwaltungen:

- ◆ Wird die Verwaltung ihrem Integrationsauftrag gerecht, wenn sie durch berufliche Ausgrenzungen Würde und Selbstachtung von Migranten verletzt?
- ◆ Ist es nicht betriebs- und volkswirtschaftlicher Luxus, die besonderen Qualifizierungsreserven der Migranten brach liegen zu lassen?
- ◆ Ist nicht die Sprach- und Kulturkompetenz der Migranten eine Chance für neue Markterschließungen?
- ◆ Welche Konsequenzen ergeben sich daraus, dass etwa 45 % der griechischen, 31 % der türkischen, 10 % der deutschen und vielleicht nur 2 % der russischsprachigen Erwerbstätigen Selbständige sind?
- ◆ Wie ist zu vermitteln, dass Zugewanderte nicht nur Arbeitsplätze beanspruchen, sondern auch welche schaffen?
- ◆ Haben Zuwanderer in soziale Sicherungssysteme eingezahlt und damit zu ihrer Stabilisierung beigetragen?
- ◆ Stimmt es, dass es für Migranten irritierend ist, dass sie mit allen möglichen Defiziten, kaum aber mit ihren Beiträgen zum Vorteil der Gesamtgesellschaft wahrgenommen werden?
- ◆ Stimmt der Vorwurf, dass selbst bei gleichen Bildungsvoraussetzungen junge Menschen mit Migrationshintergrund geringere Ausbildungschancen erhalten?
- ◆ Werden im Herkunftsland erworbene Qualifikationen kaum berücksichtigt bzw. nur nach einem sehr formalistischen Verfahren anerkannt?
- ◆ Migranten beklagen oft eine "kalte Haltung" der Beamten, während diese sich überfordert fühlen, stündlich "Schicksal" spielen zu müssen.
- ◆ Können ethnische Minderheiten im öffentlichen Dienst auf allen Hierarchieebenen anteilmäßig vertreten sein?
- ◆ Die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes setzt voraus:  
dass sie auf der Leitungsebene gewollt ist, dass entsprechende Leitbilder entwickelt werden,  
dass Personal mit eigenem Migrationshintergrund ausgebildet und eingestellt wird, dass vorhandenem Personal ohne Migrationserfahrung interkulturelle Kompetenz vermittelt wird und  
dass Selbstverpflichtungen zur interkulturellen Öffnung entwickelt und als Qualitätsmerkmal definiert werden.
- ◆ Wie ist zu vermitteln, dass es privater Luxus ist, aus Interesse am "schnellen Geld" Qualifizierungsangebote auszuschlagen?

Positionen aus der Integrationsdebatte	Gegenpositionen
<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Die Wirtschaft wirkt integrierend, weil sie nur auf Leistung achtet.</li> <li>◆ Die Wirtschaft sucht und fördert interkulturelle Kompetenz, um sich neue Märkte erschließen zu können.</li> <li>◆ Der Führungsstil muss "ethnisch blind" sein, um neutral sein zu können.</li> <li>◆ Zugewanderte stabilisieren das soziale Sicherungssystem.</li> <li>◆ Zugewanderte erhalten so viele Bildungsangebote, dass der Eindruck entsteht, Integration sei eine Bringschuld von Staat und Wirtschaft.</li> <li>◆ Gibt es Beispiele von integrationsfördernden Führungsgrundsätzen?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Doch wenn es um Führungspositionen geht, werden dann nicht einheimische Männer bevorzugt?</li> <li>◆ Gilt nicht weithin das Kopftuch als noch zu gewöhnungsbedürftig, als dass es bei Publikumsverkehr schon zugemutet werden könnte?</li> <li>◆ Lädt das nicht zu dem Irrtum ein, nicht eine besondere Sensibilität entwickeln zu müssen? Wäre es nicht klüger, einen interkulturellen Qualitätszirkel zu schaffen, der systematisch und hierarchiefrei strukturelle Benachteiligungen aufspürt?</li> <li>◆ Sie wären sogar in der Lage, noch mehr zu leisten, wenn die berufliche Erfahrung, die sie mitbringen, der formalen Ausbildung gleichgesetzt würde.</li> <li>◆ Der Zwang zum schnellen Geld führt bei Neuzuwanderung dazu, vorläufig auf Qualifizierungsangebote verzichten zu müssen.</li> <li>◆ Welche Initiativen gibt es gegen ausländerfeindliches Mobbing?</li> </ul>

**Kulturelle Integration:**

- ◆ *Zwischen Identitäten und kulturüberschreitender Verständigung*
- ◆ *Künstlerischer Ausdruck von Identität im Wandel*
- ◆ *Unterschiede im historischen Bewusstsein der Ethnien*
- ◆ *Verletzbarkeit kultureller Identität*
- ◆ Kann die Kunst von Migranten Verständigungsbrücken schlagen und ihnen zu einem Achtungserfolg verhelfen?
- ◆ Wie lässt sich die Erfahrung vermitteln, dass Offenheit für andere Kulturen bereichert?
- ◆ Kann der Spiegel anderer Kulturen helfen, nicht distanzlos zu sich selbst zu leben?
- ◆ Stimmt die These mancher Migranten, dass die, die sich selbst nicht anerkennen, auch andere nicht anerkennen können und dass deshalb der Weg zu einer Anerkennungskultur steil und steinig ist?
- ◆ Welche unterschiedliche Erfahrungswelten treffen in Dialog aufeinander?

**Religiöse Identität:**

- ◆ *Religion als Identitätsvermittlung in der neuen Heimat*
- ◆ *Religion als Gegenkultur*
- ◆ Religiöse Menschen werden im Exil konservativer, weil ihre Religion zusätzlich die Funktion von Identitätssicherung und Ersatzintegration übernimmt. Sie sind Identitätsgehäuse und bieten im Integrationsstress besondere Schonräume selbst dann, wenn sie durch Ab- und Ausgrenzungen langfristig Probleme verursachen.
- ◆ Der Islam ist keine "Gastarbeiter-Religion" mehr. Doch es gibt immer noch diskriminierende vereins- und ausländerrechtliche Bedingungen, die für eine konstruktive Zuordnung von Staat und Religionsgemeinschaften wenig geeignet sind. Deshalb sollten Legislative, Kommunalpolitik und Kirchen auf die neue Wirklichkeit schöpferischer reagieren und neue rechtliche Standards entwickeln.
- ◆ Wenn der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts aus formalrechtlichen Gründen nicht möglich ist, sollte dann nicht über Alternativen nach dem Vorbild der Konkordatsverträge nachgedacht werden?
- ◆ Religiöse Gruppierungen verstehen die kulturelle Prägung ihres Frömmigkeitsstils gerne als Glaubenssubstanz und geraten in einen Grundwiderspruch zur säkularisierten Gesellschaft, die das mehr als Durchsetzungsinteresse deutet.
- ◆ Wenn sich Religionen als Gegenkultur entwickeln und die säkularisierte Gesellschaft als Werte-los verurteilen, errichten sie selbst In-

tegrationsblockaden. Wäre es also Zeit für eine neue, interkulturelle Grundwerte-Debatte?

- ◆ Fördern religiöse Traditionen Süd- und Osteuropas 'offene', also lernfähige und veränderungsbereite Identität, oder gehören mehr statische Identitäten zur religiösen Tugend?
- ◆ Ist islamische Identität mit demokratischer Identität vereinbar und warum bricht diese Frage immer wieder auf?
- ◆ Wird eine doppelte Loyalität gegenüber dem Herkunftsland und dem aufnehmenden Land religiös bejaht?
- ◆ Steht der Politik eine Definitionsmacht zu in Bezug auf das, was beim Schächten, beim Kopftuch oder bei Moscheebauten als islamisch zu gelten hat oder nicht?
- ◆ Bedeutet Religionsfreiheit, jede Unabdingbarkeitsforderung durchzusetzen?
- ◆ Könnte der "Rat der Religionen" in NRW ein interreligiöses Krisenmanagement vorbereiten?
- ◆ Geht es um Konflikte der Religionen oder der Traditionen?
- ◆ Ist religiöse Identität vor der säkularen Gesellschaft zu bewahren oder in ihr zu bewahren?
- ◆ Müsste nicht auch die Mehrheitsgesellschaft an einem islamischen Religionsunterricht an den Schulen interessiert sein?

**Besondere Themen:**

- ◆ *Integrationsverweigerung*
- ◆ *Identitätsprobleme*
- ◆ Gibt es auch ein Recht auf Integrationsverweigerung?
- ◆ Wo liegt die Grenze zwischen Identitätswandel und Identitätsbrüchen?
- ◆ Kann man als wurzellose Luftpflanze Integrationskrisen bestehen?
- ◆ Beschränken sich Identitätsprobleme auf Migranten?

**Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:**

- ◆ Ist es denkbar, eine breite Debatte nicht über die Symptome, sondern über die Ursachen von Rassismus zu führen, wie zum Beispiel über soziale Abstiegsängste, Überfremdungsängste, Orientierungsängste, Modernisierungs- und Verliererängste, Kompensationen eigener Lebensprobleme oder von Schuldgefühlen durch das Gebahren von Siegermentalitäten, Selbsthass, Steigerung von "Wir-Gefühlen" durch Fremdenhass, ethnisch-religiöse Rivalitäten und geistiges Erbe autoritärer Strukturen. Wichtig dabei ist der kollektive Bezugsrahmen, der für rassistische Aktionen gewissenmäßige Entlastung oder gar Anerkennung bietet?

- ◆ Gibt es so etwas wie einen positiven Rassismus, der dem anderen, weil er anders ist und bleiben soll, das Gegenüber verweigert?
- ◆ Reicht es, Vorurteilen mit Argumenten der Vernunft zu begegnen, oder wäre das Aufklärungsoptimismus?
- ◆ Kleidet sich Rassismus heute mehr in das vornehmere Gewand des Kulturalismus, der den Kulturen einen Platz in einer Hierarchie der Macht zuweist und Ausländerfeindlichkeit zu Fremdenfeindlichkeit wandelt?
- ◆ Bekämpft der, der der kulturellen Öffnung vermeintlich 'deutsche' Interessen entgegensetzt, nicht letztlich die Zukunftsfähigkeit, die nur eine weltoffene Gesellschaft haben kann?
- ◆ Wird die Gesellschaft eine konstruktive Debatte über das geplante Antidiskriminierungsgesetz und seine praktischen Konsequenzen führen können?
- ◆ Nimmt die Öffentlichkeit Diskriminierung nur in Verbindung mit Gewalt wahr, nicht aber auch Alltagserfahrungen wie rassistische Beschimpfungen, die Verweigerung von Wohnraum, Abweisung in der Disco und andere subtile Formen der Demütigung.

#### **Visionen:**

Zu oft bezieht sich die Debatte über Zuwanderung auf die Versäumnisse der Vergangenheit – bei Zugewanderten und Mehrheitsgesellschaft. Doch statt mit dem Rücken nach vorn zu leben, sind in einem neuen Dialog gemeinsame Zukunftsvisionen zu entwickeln.

Gefragt sind Visionen mittlerer Reichweite, die politikfähig sind, ohne sich selbst zu enge Grenzen zu setzen.

Vielleicht gehört die Hoffnung zur Realutopie, dass die Ergebnisse dieses Dialogverfahrens von der Politik sorgfältig ausgewertet werden.

#### **Konsultationsverfahren**

Wenn Sie sich am Konsultationsverfahren beteiligen möchten:

- ◆ sollten Sie einen oder zwei Schwerpunkte aus dem Basistext aussuchen,
- ◆ sollten Sie Partner Ihres Fachgebietes oder Ihres Wohnortes zu einem Dialog einladen,
- ◆ sollten Sie eine geeignete Moderation suchen,
- ◆ sollten Sie sicherstellen, dass die Ergebnisse Ihrer Dialogrunde in geeigneter Form dokumentiert werden,
- ◆ wäre es schön, wenn Sie dem Büro des Integrationsbeauftragten Ihren Termin mitteilen würden und uns Ihre Ergebnisse nach der Durchführung des Dialoges zusenden könnten,

- ◆ informieren wir Sie auf unserer Homepage [www.integrationsbeauftragter.nrw.de](http://www.integrationsbeauftragter.nrw.de) über alle aktuellen Dokumente und Termine,
- ◆ können Sie sich auch den Basistext und die Übersetzungen von dort herunterladen,
- ◆ senden wir Ihnen diese Dokumente gerne auch zu,
- ◆ sind wir Ihnen selbstverständlich bei der Vermittlung geeigneter Partner behilflich,
- ◆ können wir Ihnen gegebenenfalls auch Moderatoren zur Verfügung stellen,
- ◆ unterstützen wir Sie gerne auch bei allen weiteren Anliegen,
- ◆ werden wir Ihre erarbeiteten Ergebnisse in die Dokumentation und in die Vorbereitung des Kongresses einfließen lassen.

#### **Abstrakte Solidarität – Konkrete Konkurrenz:**

#### **Das Verhältnis der klassischen deutschen Jugendverbände zu Jugendorganisationen von MigrantInnen<sup>1</sup>**

Stephan Bundschuh

Mittlerweile hat sich allgemein die Auffassung durchgesetzt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist. Von dieser Einsicht bis zur tatsächlichen Akzeptanz und gleichberechtigten Integration der MigrantInnen ist es aber ein langer und beschwerlicher Weg in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Diskussionen in der bundesdeutschen Jugendverbandslandschaft sind ein exemplarisches Beispiel dafür. (...)

IDA wurde vor 13 Jahren von diversen Jugendverbänden aus dem Spektrum des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und des Rings Politischer Jugend (RPJ), der Deutschen Sportjugend (DSJ) und dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ als Fachstelle der Jugend- und Bildungsarbeit im Themenbereich Rassismus, Antirassismus, Rechtsextremismus, Interkulturalität und Migration gegründet.

Diese Gründung zeigt die Bereitschaft der Jugendverbände, sich gesellschaftlichen Problemen zu stellen und eine Einrichtung zu schaffen, die die Jugendverbände in ihrem Bemühen, eine Gesellschaft herbeizuführen, in der alle Kinder und Jugendlichen, die in diesem Land leben, ökonomisch, sozial und politisch gleichwertig behandelt werden, unterstützt und eben deshalb mitunter auch auf Defizite der Jugendverbandsarbeit selbst hinweisen muss.

<sup>1</sup> Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, der im Tagungsband Badawia, Tarek/Hamburger, Franz/Humrich, Merle (Hg.): Wider die Ethnisierung einer Generation. Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung, Frankfurt/M./London: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 2003 veröffentlicht wurde.

Wir (...) führen in verstärktem Maße Seminare (...) durch, die zum einen die klassischen Jugendverbände ins Gespräch mit Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen bringen, zum anderen sich gezielt an jugendliche MigrantInnen richten, um sie in der Organisation der Vereinsarbeit zu qualifizieren und sie ganz pragmatisch über die bundesweiten Strukturen der Verbandsarbeit, Finanzierungsmöglichkeiten und Antragstellungen zu informieren. Insoweit besitzen wir einen gewissen Einblick in die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen und die Diskussionen, die in den klassischen deutschen Jugendverbänden zum Thema Migration geführt werden. (...)

Gegenüber den alteingesessenen Verbänden sind bundesweit agierende Jugendorganisationen von MigrantInnen eine relativ neue Erscheinung. Da sie bislang kaum von der öffentlichen Hand finanziert werden, sind sie auf Gelder des Erwachsenenverbands angewiesen. Damit wird aber ihre Emanzipation von den Erwachsenen erschwert. Diese Selbstorganisationen formieren sich als jugendliche Interessenzusammenschlüsse oft in Opposition zur eigenen Elterngeneration und ihren Organisationen sowie als eigene Interessenvertretung gegenüber den mehrheitsdeutschen Jugendverbänden.

Dazu gehören u. a. der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland – der übrigens der erste voll eingetragene selbstständige bundesweite MigrantInnen-Jugendverband ist –, die Muslimische Jugend Deutschlands oder JunOst, ein Verband russischsprachiger Jugendlicher in Deutschland. Ich spreche bei diesen Zusammenschlüssen in der Regel von Jugendorganisationen und nicht -verbänden, da die meisten keinen Verbandsstatus besitzen.

Wie sieht bei den klassischen Jugendverbänden die Zusammenarbeit mit MigrantInnen aus? Im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2002 wird festgestellt:

„Insbesondere in den Jugendverbänden sind sie [MigrantInnen, S. B.] zumeist nur marginal vertreten. Ausnahmen hiervon bieten Sportvereine sowie solche Jugendverbände, zu deren Traditionen die besondere Sorge um sozial Benachteiligte gehört (z. B. Arbeiterjugendverbände). Im Großen und Ganzen aber haben sich die Jugendverbände der veränderten Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf Ethnie und kulturelle Tradition, Sprache und Religion noch nicht weit geöffnet.“<sup>2</sup>

Diese Kritik ist offensichtlich berechtigt, da der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und seine

Mitgliedsverbände dieser Aussage in ihrer Stellungnahme zum Bericht zustimmen.<sup>3</sup>

Es gibt eine Kluft zwischen den öffentlichen Stellungnahmen der Jugendverbände zu Integration und Partizipation von MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland und dem faktischen Organisationsgrad von MigrantInnen in den Verbänden. In ihren Verlautbarungen zeigen sich die Jugendverbände schon lange mit MigrantInnen solidarisch: Sie haben sich fast einstimmig für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ausgesprochen und treten dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen, die mit oder ohne deutschen Pass in der Bundesrepublik leben, in gleicher Weise Anspruch auf Bildungs- und Förderangebote der Jugendarbeit haben. Sie haben das Zuwanderungsgesetz als notwendigen Schritt über die alte „Ausländer“-Gesetzgebung hinaus begrüßt, allerdings geht das neue Gesetz vielen Verbänden nicht weit genug. Insbesondere wurde gefordert, die Altersgrenze für den Nachzug von Kindern auf 18 Jahre anzuheben. Viele Jugendverbände lancierten in den letzten Jahren Kampagnen gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit Plakataktionen, Flyern zu Zivilcourage und Argumenten gegen Rechts, Materialien für antirassistische und interkulturelle Seminare und vielem mehr. Nach dem 11. September 2001 warnten die Jugendverbände vor einer generellen Stigmatisierung des Islam, zugleich wurde ihnen aber bewusst, dass sie, wie die Mehrheitsgesellschaft überhaupt, kaum Kontakte zu muslimischen Jugendlichen und MigrantInnen allgemein haben. In die Solidarität für die hier lebenden MigrantInnen und die Sorge, dass sie nach dem Anschlag verstärkt Ziele rassistischer Anschläge würden, mischte sich auch die Furcht vor einem unbekanntem Fundamentalismus unter jungen Menschen. Dieses erneute Bemerkens des Nichtkennens, Nichtwissens und des marginalen Kontakts hat für die Jugendverbände selbst die Auseinandersetzung mit jungen MigrantInnen dringlichst auf die Tagesordnung gesetzt.

Dabei müssen wir zwischen zwei Dimensionen der Jugendverbandsarbeit unterscheiden: der offenen Jugendarbeit und der Verbandsarbeit im engeren Sinne für Mitglieder.

Viele Verbände sind lokal in der offenen Jugendarbeit engagiert. Darunter fallen Kinderhäuser, Jugendzentren, Hausaufgabenhilfen und Jugendgruppen. Hier sind viele junge MigrantInnen vertreten, oftmals stellen sie in diesen Einrichtungen die Mehrheit. Es werden Dienstleistungen angeboten, die von Eltern und Jugendlichen zur Gestaltung der Freizeit, zur Unterbringung der Kinder

<sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002, S. 214. (Bundesdrucksache 14/8181)

<sup>3</sup> Deutscher Bundesjugendring: Lebenslage von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern. Stellungnahme zum 11. Kinder- und Jugendbericht, 17. April 2002, <http://www.landesjugendringthueringen.de/beschluss/download/stellungnahmeDBJR11KJB.pdf> (06.11.2002)

und für Schulschwierigkeiten in Anspruch genommen werden. Die TeilnehmerInnen an der offenen Jugendarbeit sind in der Regel aber nicht Verbandsmitglieder. In diesen Einrichtungen sind unter den hauptamtlichen Kräften durchaus MigrantInnen vertreten. Dies beschränkt sich aber auf die lokale Ebene, es handelt sich im Wesentlichen um Sozialarbeit und erzieherische Tätigkeiten.

Die originäre Aufgabe der Jugendverbände zumindest ihrer herkömmlichen Form nach aber ist die Jugendbildung. Zu lernen sind die Partizipation, Selbstbestimmung und -organisation in einem größeren Gemeinwesen, in diesem Falle dem Verband. Bildungs- und Gruppenerlebnisse werden durch Seminare, Workshops, Trainings, Camps, internationale Jugendbegegnungen etc. möglich. In diesem Bereich sind MigrantInnen – ausgenommen die Sportverbände und die Deutsche Gewerkschaftsjugend – insgesamt kaum vertreten.

Jugendverbände aber müssen ein Interesse daran haben, dass MigrantInnen sich in ihren Reihen organisieren, nicht zuletzt, weil sich der Mitgliederstamm dadurch stabilisieren könnte. Seit Jahren wird innerhalb des Jugendverbandswesens das Problem des Mitgliederschwunds und der Mitgliederbindung diskutiert. Die Ursachen liegen in den veränderten jugendkulturellen Verhaltensweisen und dem Problem der Verbände, mit den kommerziellen Events zu konkurrieren. Auch die Verbände verlieren ihre bindende Kraft, wie es für Kirchen, Parteien und Gewerkschaften schon länger konstatiert wird.

Bei Verbänden wie der DGB-Jugend oder der Deutschen Sportjugend nimmt die Zahl der ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen MigrantInnen rapide ab, je höher wir in der Struktur des Verbands kommen. Dies ist kein überraschender Befund, ihn teilen die Verbände mit anderen Institutionen und weisen sie damit als Teil der Mehrheitsgesellschaft aus. Er ist aber da besonders hervorzuheben, wo die Verbände, wie z. B. die Deutsche Sportjugend, oftmals betonen, dass bei ihnen die Integration quasi automatisch funktioniere. Das Verschwinden der MigrantInnen in den höheren Rängen hat nichts mit ihrer Qualifikation zu tun, sondern offensichtlich mit internen strukturellen Ausschlussmechanismen und der Resignation bzw. dem Desinteresse von MigrantInnen, sich diesen Mechanismen auszusetzen. Auf verbandlicher Ebene führt das dann eher zur Gründung eigener Verbände (...).

Ein Großteil der Jugendverbände wird als Mittelschichtsverbände bezeichnet, die aus diesem Grund nur wenig Kontakt zu MigrantInnen hätten. Diese Begründung mag vielleicht vor zehn Jahren stichhaltig gewesen sein, wo jugendliche MigrantInnen stärker marginalisiert und kaum an Universitäten vertreten waren. Heute hat sich die Situa-

tion verändert, es gibt MigrantInnenjugendliche aus Mittelschichten, sie studieren und führen ein dem einheimischen Mittelschichtsjugendlichen gar nicht so fernes Leben. Aber auch diese bleiben den Verbänden fern.

Internationale Kontakte und insbesondere Jugendbegegnungen sind fester Bestandteil jedes mehrheitsdeutschen Jugendverbands.<sup>4</sup> So wichtig solche Begegnungen sind, garantieren sie nicht automatisch nichtdiskriminierendes Verhalten gegenüber MigrantInnen vor Ort. Die internationalen Partner sind interessant, belebend, es finden Reisen in unbekannte Länder statt, bei denen viele neue Dinge erfahren werden. Normalerweise begegnen sich die TeilnehmerInnen solcher Seminare in gleichberechtigter Weise. Gleichzeitig lassen diese Reisen und TeilnehmerInnen anderer Nationen aber das eigene Zuhause und die dort etablierten Hierarchien unangetastet. Nach dem Seminar trennt man sich und jeder geht zurück an den Ort seines Wirkens. Die MigrantInnen vor Ort aber sind stets gegenwärtig und bilden eine sperrige Konkurrenz, wenn sie sich nicht als Einzelne unauffällig eingliedern.

Dazu ein Beispiel, das sich in einer freundlichen Umgebung und einem gelungenen Seminar ereignete und nur die gruppenspezifische Dimension ansprechen soll:

Leicht ist die Integration von Einzelnen. Erstens kann er als Einzelner kaum eine etablierte Organisationsform in Frage stellen, er wird sozusagen geschluckt und verdaut und fällt in vom Gesellschaftskörper verarbeiteter Form kaum mehr auf. Schwieriger aber ist es, wenn eine Gruppe auftritt und unter Wahrung ihrer Gruppenidentität integriert werden muss bzw. will. Ich führe hierzu die Begegnung eines mehrheitsdeutschen Verbands, des Bunds Deutscher PfadfinderInnen (BDP), mit dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (AAGB) an. (...)

Zu Beginn des Seminars war der BDP vollständig vertreten, während von den Aleviten erst ein Vertreter anwesend war, ein bayerisch sprechender, hübscher, legerer junger Mann. Augenblicklich schien er komplett integriert, zum einen durch seine offene Art, zum anderen durch den sorgsam und erfahrenen Umgang der anderen mit fremden Personen. Ein Außenstehender hätte den Beginn der Begegnung als Seminar einer lange schon bestehenden Gruppe wahrgenommen. Der einzige Unterschied: das Handy. Der Vertreter des AAGB hielt mit seinen im Stau stehenden Kollegen über dieses Medium Kontakt. Ein Zufall, aber doch bezeichnend, dass gerade nur er ein Handy dabei hatte, das wiederholt und notwendigerweise klingelte – waren doch die sich verändernden

<sup>4</sup> Siehe hierzu die Studie von Andreas Thimmel: Pädagogik der internationalen Jugendarbeit, Schwalbach/Ts. 2001.

verändernden Zeitangaben der Anreise für die Planung des Abends wichtig – und den Beginn, der sowieso durch das verbandliche Missverhältnis schwierig war, auf unterhaltsame und von einigen Mehrheitsdeutschen als typisch für junge Türken wahrgenommene Weise immer wieder unterbrach. Der Countdown der Ankunft wurde von allen mitverfolgt, niemand konnte also überrascht sein, als die Tür aufging und die erste Gruppe des AAGB im Seminarraum erschien. Aus den virtuellen Handy-Leuten waren reelle Menschen geworden und zwar nicht einzelne, sondern eine Gruppe. Fünf Männer, von mir als unglaublich manifeste Erscheinung wahrgenommen: Breit, groß, teilweise elegant oder mit Kettchen und Ringen, jedenfalls anders als die bereits Anwesenden, die tendenziell Hippie-Kleidung trugen. Sofort änderte sich das Klima. Wir hatten es nicht mehr mit einem Kuschelseminar eines Verbands zu tun, sondern mit zwei Gruppen, die sich vorsichtig abtasteten. Die sorglose Integration wich der Bestandsaufnahme von Geschichte und Zielen beider unterschiedlicher Verbände und dem Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten.

Der mit Abstand wichtigste Teil der Veranstaltung spielte sich außerhalb des Seminars ab. Dies ist nicht ungewöhnlich, hier aber war es besonders wichtig, vor allem für die Mehrheitsdeutschen. Sie machten die Erfahrung, in einem „Türkenauto“ zu sitzen und die Blicke der anderen Verkehrsteilnehmer zu spüren. Sie registrierten die Ehrfurcht der im Seminar doch so selbstbewusst auftretenden Jugendlichen vor den Dedes (den alevitischen Geistlichen) und die Rollenverteilung, die den unglaublich selbstbewusstesten Frauen die Bedienung der Gäste im Kulturzentrum vorschreibt. All solche persönlichen Erfahrungen waren für die Aleviten nicht nötig, da sie längst wissen, wie die Mehrheitsdeutschen leben. Sie interessierten sich mehr für die Verbandsstrukturen, die finanzielle Ausstattung, die Arbeit mit Hauptamtlichen etc. Während – überspitzt gesagt – sich der BDP am Exotischen begeisterte, interessierte sich der AAGB für das Know-how der Verbandsentwicklung. (...)

Gute Absichten, interkulturelle Schulungen und humane Gesinnung genügen also nicht, um MigrantInnen und ihren Verbänden gleiche Rechte zuzuerkennen. Es geht ganz wesentlich um institutionelle Gleichstellung. Dazu sei folgender Befund zitiert:

„Seit Jahren und Jahrzehnten konstatieren MigrantInnenorganisationen, dass sie die Fachkräfte, die einen Migrationshintergrund haben und die ihre ersten beruflichen Erfahrungen in MigrantInnenorganisationen sammeln, verlieren, da sie ihnen keine berufliche Perspektive anbieten können. Die Folge davon ist, dass den MigrantInnenorganisationen wichtige Personen verloren gehen, die eine

Brücke zu den Trägern der Jugendhilfe und zu den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft hätten darstellen können.“<sup>5</sup>

Organisationen jugendlicher MigrantInnen, die ohne Regelförderung finanziell unabhängig sein wollen, können meist noch nicht einmal erste berufliche Erfahrungen bieten. Damit sind sie in massiver Weise den etablierten Verbänden unterlegen und erhalten kaum die Chance, einen ähnlichen Status zu erreichen. Um so erstaunlicher ist es, dass sie dennoch existieren und in zunehmendem Maße stärker werden.

Ich möchte ein weiteres Beispiel bezüglich Verteilungskämpfen anführen. Im Juni 2002 führte der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen im Zuge seiner Vollversammlung eine Veranstaltung mit dem Thema: „Kinder und Jugendliche aus Migranten-, Aussiedler- und Flüchtlingsfamilien in NRW“ durch. Landesjugendringe sind die landesweiten Dachverbände der Jugendverbände. Zur Podiumsdiskussion waren zwei VertreterInnen von Organisationen jugendlicher MigrantInnen, eine Wissenschaftlerin (Migrantin), ein Vertreter des Landesjugendrings und ein Vertreter des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums eingeladen. Die Veranstaltung war äußerst interessant und lobenswert und zeitigte eine lebhaft diskutierte Diskussion um die Öffnung der Jugendarbeit für MigrantInnen. Diskussion und Ton wurden jedoch schärfer, als es nicht mehr nur um allgemeine Solidarität, sondern um konkrete Fragen nach Satzungsänderung und Finanzteilhabe ging. Hier handelt es sich um strukturelle Förderung und institutionelle Einbindung, die Integration erst nachhaltig wirksam und dauerhaft verpflichtend machen. Das ist entscheidend dafür, ob Integration auf Dauer gestellt wird oder ein Spielball der Politik bleibt. (...)

Bevor jedoch die Jugendverbände mehrheitlich daran gehen, ihr Angebot und ihre Struktur zu überprüfen, ob sie generell für Jugendliche zeitgemäß sind bzw. in welche Richtung sie sich entwickeln müssten, um wieder eine Attraktivität nicht nur für einen zunehmend kleiner werdenden Teil von Jugendlichen zu entfalten, sind bereits Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen entstanden.

Das Faktum der Selbstorganisation stellt ein Problem für die etablierten Jugendverbände dar, weil bis zu einem gewissen Grade konkurrierende Verbände entstehen. Die Freiheit oder der Zwang zur Selbstorganisation aber zeigt, dass die Angebote der etablierten Jugendverbände für MigrantInnenjugendliche uninteressant sind und die Verbände selbst zur Mehrheitsgesellschaft gezählt

<sup>5</sup> Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen: Protokoll des Workshops „MigrantInnenorganisationen und die Jugendhilfe“ vom 29. Mai 2002.

werden. In der Literatur wird die zunehmende Tendenz zur Selbstorganisation unter MigrantInnen wiederholt als Reaktion auf die dreißigjährige Exklusion aus der Mehrheitsgesellschaft interpretiert. Weder die xenophobe noch die xenophile oder exotisierende Haltung wurde den MigrantInnen in ihrem Wunsch gerecht, selbstverständlich akzeptiert zu sein, ohne eine beständige Sonderrolle zu spielen. Von MigrantInnenorganisationen, die seit vielen Jahren existieren, wird bemerkt, dass sie in den achtziger Jahren leichter öffentliche Förderungen erhielten als heute, da es um die Frage nach Regelförderung geht. Wo sie gestellt wird, hat sich etwas etabliert und will beständig sein. Für die dabei notwendige Arbeit ist unverzichtbar, dass sie kontinuierlich ist. Dies kann ein dauerhaft ehrenamtlich arbeitender Verein kaum leisten. Regelförderung bedeutet also einen gewissen Bestand an sicheren Mitteln und hauptamtlichen Kräften, die die organisatorischen Tätigkeiten des Vereins verlässlich regeln. Mit den finanziellen Ansprüchen treten die MigrantInnenverbände in unmittelbare Konkurrenz zu den etablierten, die ihre öffentliche Förderung relativ gesichert haben. Der Streit um öffentliche Mittel wird in Zeiten einer angespannten Haushaltslage natürlich heftiger, in denen selbst die klassischen Verbände Mittelkürzungen befürchten müssen.

#### **Ausgewählte notwendige Schritte – Thesen:<sup>6</sup>**

Migration muss als Selbstverständlichkeit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit begriffen werden. Dies teilen alle Jugendverbände. Wenn sich Jugendverbände und Jugendringe als Interessenvertretung der Jugendlichen begreifen, gehören dann auch die MigrantInnen dazu.

Die mehrheitsdeutschen Jugendverbände müssen anerkennen, dass sie derzeit eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe von Jugendlichen nicht erreichen. Die Strategien der Öffentlichkeitsarbeit sind unter Berücksichtigung dieser Zielgruppe zu überarbeiten.

Sie müssen akzeptieren, dass mittlerweile jugendliche MigrantInnen beanspruchen, selbst für sich zu sprechen.

Sie müssen eingestehen, dass es sich zumindest auf fiskalischer Ebene um Konkurrenten handelt. Erst dann lassen sich jenseits menschenlicher Rhetorik Wege gemeinsam aushandeln.

Zumindest zwei Wege sind denkbar. Der eine führt zur Integration von MigrantInnenselbstorganisationen in die bestehenden Verbände unter Wahrung ihrer Autonomie, der zweite führt zur Akzeptanz der Existenz eigener Verbände und möglicherweise gar Dachverbände. Parallel zu

existierenden Dachorganisationen gäbe es dann MigrantInnen-Dachverbände.

Diese Diskussion wird bei den mehrheitsdeutschen Verbänden bislang nicht geführt und kann nur im Dialog mit den MigrantInnenselbstorganisationen ausgehandelt werden. Eine Ausnahme bildet die djo-Deutsche Jugend in Europa und dort vor allem die bayerische Sektion, die MigrantInnenverbände als Organisationen aufnimmt, sich damit als Dachverband verschiedener Verbände begreift und so ziemlich erfolgreich auf die Tendenz der Bildung von Selbstorganisationen reagiert.

Dr. Stephan Bundschuh ist Geschäftsführer des IDA e. V.

## **Kommentar**

### **Die Differenz von Hilfe, Bildung und Politik - Anmerkungen zu den von Anne Broden vorgeschlagenen Standards interkultureller Pädagogik<sup>7</sup>**

Albert Scherr

Nach einer mehr als 20 Jahre anhaltenden und kontroversen Fachdiskussion ist ein Versuch, Standards zu fixieren, in denen sich der Lernprozess von Fachwissenschaft und Fachpraxis zusammenfasst, zweifellos verdienstvoll. Die von Anne Broden vorgelegte Formulierung von Standards ist meines Erachtens inhaltlich auch grundsätzlich zustimmungsfähig. Dies gilt nicht zuletzt für die darin enthaltene dezidierte Kritik eines naiven Kulturbegriffs. Dennoch möchte ich einige konstruktiv-kritische Anmerkungen hinzufügen:

#### **1.**

Es ist meines Erachtens im Hinblick auf die Situation von MigrantInnen und die Bedeutung von kulturellen Differenzen erforderlich, zwischen (a) der sozialarbeiterischen bzw. sozialpolitischen Logik der Hilfe, (b) der Logik der Verständigung und des Lernens im Rahmen von Bildungsprozessen sowie der (c) politischen Logik der Artikulation und Repräsentation zu unterscheiden:

- Interkulturelle Bildungsprozesse sind m. E. idealiter als dialogische Kommunikationsprozesse zwischen Gleichrangigen zu gestalten. Prozesse des Helfens sind aber strukturell asymmetrisch angelegt, es gibt Helfer und Hilfsbedürftige, deren Rollen in professionellen Kontexten nicht austauschbar sind.
- Im Kontext des Helfens ist es im Sinne einer professionellen Diagnostik erforderlich, sich umfassend mit der Lebenssituation der Hilfs-

<sup>6</sup> Siehe hierzu auch Rudi Klarer: MigrantInnenorganisationen und Jugendverbände – Integration oder erzwungene Segregation?, in: Jugendpolitik 2/3 2002, S. 57f.

<sup>7</sup> Für eine Reihe kritisch-konstruktiver Anmerkungen zur ersten Fassung dieses Textes danke ich Ulrike Hornel.

bedürftigen, also auch ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Hintergründen, zu befassen, um zu klären, worin die Hilfsbedürftigkeit und die jeweils angemessene Form des Helfens besteht – wenn und insofern nicht vorausgesetzt werden kann, dass die Adressaten der Hilfe in der Lage sind, ihre Problematik und ihren Bedarf selbst angemessen zur Sprache zu bringen. In Prozessen der interkulturellen Bildung und Verständigung kann dagegen zunächst angenommen werden, dass Beteiligte in der Lage sind, ihre Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen selbst sprachlich zu artikulieren und kenntlich zu machen, auf welche alltagsmoralischen, religiösen, philosophischen, politischen usw. Hintergrundannahmen sie sich affirmativ oder kritisch beziehen. Die explizite Thematisierung kultureller Differenzen durch Dritte, etwa wissenschaftliche Experten, die nicht selbst an solchen dialogischen Bildungsprozessen beteiligt sind, ist hier nur dann erforderlich, wenn Grenzen der Verständigung deutlich werden, die ohne die Inanspruchnahme von Expertenwissen nicht bearbeitet werden können.

- Im Kontext demokratischer Prozesse schließlich ist es geboten, Individuen gleiche Chancen der Artikulation und Repräsentation zu bieten. Unterschiede zwischen Einheimischen und MigrantInnen werden hier vor allem über Formen der Diskriminierung relevant, die ggf. mit dem Verweis auf kulturelle Unterschiede legitimiert werden.
- In interkulturellen Bildungsprozessen stehen kulturelle Differenzen per definitionem im Zentrum des Interesses, und dies ist dann legitim, wenn es darum gehen soll, einen bestimmten kulturellen Zusammenhang kennen zu lernen, ohne dessen interne Widersprüche und Dynamiken auszublenden und ohne dass das Verstehen von Kulturen an die Stelle der Thematisierung von Ungleichheiten tritt. Individuen treten dann nicht als besondere Einzelne, sondern als Repräsentanten einer je spezifischen Religion, Weltanschauung, Subkultur, Ästhetik usw. in einen Prozess ein, in dem es darum geht, jeweilige Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Interessant ist hier primär nicht der Andere als besonderes Individuum mit seinen je eigenen Ambivalenzen, Widersprüchen und Besonderheiten, sondern der Andere als kompetenter Kenner eines bestimmten kulturellen Zusammenhanges, den er darstellen kann. Dazu ist es keineswegs erforderlich, dass er sich selbst mit diesem Zusammenhang persönlich identifiziert. Ganz anderes verhält es sich im Fall der Hilfe: Hier richtet sich das Interesse auf die Problemlagen und die Hilfsbedürftigkeit eines Individuums, einer Familie oder

Gruppe, und es ist dabei keineswegs von vorneherein klar, ob und in welcher Weise kulturellen Hintergründen oder Zuordnungen eine spezifische Bedeutung zukommt. Von vorrangiger Relevanz ist der konkrete Fall in seiner Besonderheit.

- Interkulturelle Bildung kann – sofern sich politische Konflikte nicht ethisch artikulieren und interkulturelle Bildung also nicht als Substitut für politische Konfliktbearbeitungen beansprucht wird – relativ folgenlos scheitern oder relativ folgenlos gelingen. Im Idealfall haben alle Beteiligten den Horizont des eigenen Selbst- und Weltverständnisses erweitert, im Fall des Scheiterns sind Grenzen der Verständigung deutlich geworden. Ein Scheitern von Hilfe hat hingegen potentiell schwerwiegende Folgen für diejenigen, die sich in einer Notlage befinden. Zwischen einer interkulturellen Sozialen Arbeit und einer interkulturellen Bildungsarbeit ist auch deshalb deutlich zu unterscheiden, was in den vorgelegten Standards nicht geschieht.

Vor diesem Hintergrund sind die Fragen nach der Tragfähigkeit von Konzepten wie ‚Kultur‘, ‚kulturelle Differenz‘ und ‚kulturell Andere‘ jeweils differenziert zu betrachten, d. h. danach zu befragen, was ihre Relevanz und ihre Problematik im jeweiligen Kontext begründet, ob sie Dialog-, Verstehens- und Handlungsmöglichkeiten erschließen oder verschließen sowie ob sie zur Überwindung oder zu Verfestigung von Herrschaftsverhältnissen und Ungleichheiten beitragen.

## 2.

Ich habe deshalb erhebliche Zweifel daran, dass es, wie vorgeschlagen, sinnvoll ist, prinzipiell am Konzept des „kulturell Anderen“ festzuhalten. Was gewinnt man mit diesem Konzept an Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten, die über die grundlegende Einsicht hinausweisen, dass jedes Individuum immer ein sozial situiertes Subjekt ist, das sein Selbst- und Weltverständnis in Auseinandersetzung mit vorgefundenen Praktiken, Routinen, Werten, Normen, Moralien, Ästhetiken, Ausdrucksformen usw. – aber auch mit eigenen lebenspraktischen Erfahrungen sowie den Zwängen und Möglichkeiten des eigenen Alltagslebens – entwickelt, aufrecht erhält oder modifiziert? Hilft es weiter, wenn man die komplexe Kontextualität individueller bzw. kollektiver Lebenspraxis und darin begründete Unterschiede als kulturelle Differenz bezeichnet und kann man dann der Gefahr entgehen, Unterschiede zwischen Einheimischen und MigrantInnen bzw. Mehrheit und Minderheiten, über zu betonen, während zugleich Unterschiede innerhalb der Mehrheitsbevölkerung – etwa zwischen Katholiken und Atheisten, Heterosexuellen und Homosexuellen, Akademikern und Industriearbeitern usw. – nivelliert werden? Meines

Erachtens ist dies kaum vermeidbar, wenn am Konzept des „kulturell Anderen“ im Kontext interkultureller Bildung und Sozialarbeit fest gehalten wird. Dass es Unterschiede zwischen Individuen und sozialen Gruppen gibt, die auf deren Orientierung an religiösen und politischen Ideen und Ideologien, tradierten Konzepten der familialen und privaten Lebensführung, patriarchalischen oder post-patriarchalischen Modellen der Geschlechterordnung usw. resultieren, das ist zwar zweifellos nicht zu bestreiten. Zu bestreiten ist aber, dass solche Unterschiede sowie daraus ggf. resultierende Verständigungsschwierigkeiten und Konflikte primär zwischen Einheimischen und Migranten existieren. Als grundlegendes Konzept interkultureller Pädagogik ist deshalb meines Erachtens der sensible und reflektierte Umgang mit Ungleichheiten und Differenzen besser geeignet als die Fixierung auf vermeintliche oder tatsächliche Unterschiede von Kollektiven.

### 3.

Problematisch ist es meines Erachtens, Gemeinschaften bzw. ethnische Gemeinschaften zu postulieren, als deren Mitglieder MigrantInnen gefasst werden und zu fordern, dass sie als solche Gemeinschaftsmitglieder anzuerkennen sind. Nichts spricht dagegen grundsätzlich gegen die Forderung, die Legitimität von politischen MigrantInnenorganisationen anzuerkennen, sofern diese ein menschenrechtliches Grundverständnis teilen. Entscheidungen über Fragen der politischen Unterstützung setzen dagegen eine Auseinandersetzung mit den konkreten politischen Positionen voraus, die jeweilige Organisationen vertreten. Erkennt man Migranten als politische Subjekte an, dann heißt dies auch, dass ggf. auf Kritik an politischen Organisationen, die beanspruchen, die Interessen von Migranten zu vertreten, nicht verzichtet werden kann. Insofern kann ist die Forderung nach einer solchen spezifischen und prinzipiellen Unterstützung politischer MigrantInnenorganisationen nicht vertretbar, die über Programme zur Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen hinausreicht.

Zudem ist zwischen politischen Organisationen und ethnischen Gemeinschaften prinzipiell zu unterscheiden: Moderne politische Organisationen sind keine Gemeinschaften, sie gründen sich nicht auf die vermeintlich gemeinsame Abstammung und vermeintlich fraglose Traditionen und Werte, sondern auf kündbare Mitgliedschaften, politisch zu begründende Entscheidungen und veränderbaren Programmen.

Gemeinschaften als soziale Formen enthalten potentiell einen Konsenszwang in sich (den gelegentlich auch politische Organisationen gegenüber ihren Mitgliedern beanspruchen), der m. E. kritikbedürftig ist. Es kann nun nicht darum gehen, die Legitimität der Sehnsucht nach Gemeinschaft

in Frage zu stellen, aber eine kritische Pädagogik kann diese Sehnsucht nicht vorbehaltlos stützen.

### 4.

Zu den Standards interkultureller Pädagogik ist m. E. auch der Bezug auf die Menschenrechte als ein – zweifellos diskussionsbedürftiger normativer Horizont - hinzuzufügen. Denn die Menschenrechtserklärungen bieten einen Maßstab für die kritische Auseinandersetzung mit solchen Normen sowie Legitimationen von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen, die mit dem Verweis auf kulturelle Traditionen begründet werden. Meines Erachtens ist es deshalb geboten, die interkulturelle Pädagogik mit einer kritischen Pädagogik der Menschenrechte<sup>8</sup> zu verbinden.

### 5.

Dass „Subjektwerdung außerhalb der dominanten Strukturen Gefahr (läuft), nicht mehr als Selbsttäuschung zu sein“, ist nicht zu bestreiten. Dies gilt aber auch für Subjektwerdung innerhalb der dominanten Strukturen. Beides ist zudem nicht voneinander zu trennen, denn es gibt keinen sozialen Ort außerhalb der dominanten Strukturen, sondern nur mehr oder weniger gelungene, regressive und progressive Versuche der Abgrenzung gegen diese. Entscheidungen darüber, wer sich wie zu einflussreichen Erwartungen, Integrationszumutungen und –zwängen verhalten soll, sind m. E. den Betroffenen selbst zu überlassen. Die pädagogische Aufgabe sehe ich in der Befähigung dazu, solche Entscheidungen im Bewusstsein ihrer Voraussetzungen und ihrer möglichen Konsequenzen zu treffen. Wer also etwa nicht gut Deutsch lernen will, sollte wissen, was er damit tut und warum dies der Fall ist.

Ob es irgend jemand anzuraten ist, Gewerkschaften oder Landesschülervertretungen als Möglichkeiten der Artikulation seiner Interessen zu begreifen oder nicht, ist jedoch eine Frage politischer Einschätzungen, die nicht prinzipiell auf der Ebene grundlegender Standards entschieden werden kann. Auch diesbezüglich gilt: Pädagogik muss ihren Bildungsauftrag ernst nehmen, sie kann aber nicht darüber entscheiden, welche Konsequenzen ihre Adressaten aus Informationen und Diskussionen ziehen.

Dr. Albert Scherr ist Professor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

<sup>8</sup> An Überlegungen zu einer kritischen Menschenrechtspädagogik arbeite ich aktuell gemeinsam mit Ulrike Hornel in Rahmen eines von der Bertelsmann-Stiftung geförderten Projekts.

## **Was tun gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ... Projekte, Erfahrungen, Vernetzung**

### **IDA-Projekt „Antisemitismus“**

Im Juni startete das über entimon geförderte Projekt „Primärer, sekundärer und tertiärer Antisemitismus“ des IDA. Pädagogische Modelle und Materialien zur Bearbeitung aktueller Erscheinungsformen des Antisemitismus unter Jugendlichen in der Bundesrepublik“. Das auf zwei Jahre angelegte Projekt widmet sich aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus unter Jugendlichen und entsprechenden pädagogischen Handlungskonzepten insbesondere für die außerschulische Jugendarbeit. Dabei werden drei Formen des Antisemitismus unterschieden: die stereotypen, klassischen Vorurteile (primärer Antisemitismus), antisemitische Verarbeitungsformen der Tätergesellschaft nach dem Holocaust (sekundärer Antisemitismus) sowie antisemitische Gefühlswelten, die unter MigrantInnen kursieren und vor allem Folge des Nahost-Konfliktes sind. Abgeschlossen werden soll das Projekt u. a. mit einem in der Praxis erprobten MultiplikatorInnen-Paket und einer Handreichung für Jugendliche.

Schwerpunkte bis Ende 2003 sind der Aufbau eines Netzwerkes von Jugendverbänden und Fachstellen zum Themenfeld, ein Fachgespräch mit ExpertInnen, eine Umfrage unter Jugendlichen und ein Flyer mit prägnanten Informationen zur Frage „Was ist eigentlich ... Antisemitismus?“ Die Ergebnisse des Projektes werden fortlaufend auf der IDA-Website ([www.idaev.de/antisemitismus](http://www.idaev.de/antisemitismus)) dokumentiert.

Kontakt: [projekt@idaev.de](mailto:projekt@idaev.de)

## **Nachrichten ...**

### **... zu Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Land**

#### **Untersuchung „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenstrategien“**

Eine Untersuchung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes belegt noch einmal deutlich, dass der „typische“ rechtsorientierte Jugendliche nicht aus einem desolaten, sozial schwachen Elternhaus kommt. „Schwierige soziale Verhältnisse, die gemein als typische Herkunft eines Rechtsextremisten oder als begünstigend für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene angesehen werden, sind nach der Studie nicht die Regel“, so der NRW-Innenminister Fritz Behrens bei der Vorstellung der Untersuchung „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenstrategien“.

Basis der Studie ist die Befragung von 56 Neonazis und Skinheads sowie 20 potenziellen Aussteigern aus der rechten Szene. Diese Untersuchung erhebt nicht den Anspruch auf Repräsentativität, dennoch zeigt sie einige aufschlussreiche Ergebnisse auf. Demnach kommen deutlich mehr als die Hälfte der jungen Menschen über MitschülerInnen oder FreundInnen zur rechten Szene. Rechtsextreme Musik und entsprechende Konzerte lieferten für knapp ein Viertel der Interviewten einen wichtigen Beitrag zum Einstieg in die Szene. Dies gilt nicht so sehr für rechtsextreme Publikationen oder das Internet.

Der überwiegende Teil der Interviewten konnten einen Haupt- oder Realschulabschluss vorweisen. Zwei Drittel waren in einer Berufsausbildung oder hatten diese schon abgeschlossen. Zwar waren überdurchschnittlich viele der Interviewten (28 Prozent) arbeitslos, aber zwei Drittel war berufstätig. „Für die Mehrzahl der Befragten stellte die Gruppe eine Ersatzfamilie und eine soziale Heimat dar. Die Gruppenangehörigen erfuhren in der Gruppe das, was ihnen in der Regel außerhalb der Gruppe verwehrt geblieben war: Zusammenhalt (Kameradschaft), Solidarität, Anerkennung, Vertrauen und Akzeptanz“, so die Studie. Die rechtsextreme Musik drücke das dazu gehörende Lebensgefühl und die Überzeugungen aus. Sie verbinde die Gruppe und grenze sie von der normalen bürgerlichen Welt ab.

Der Bericht ist im Internet nachzulesen unter <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/breurge.pdf>

#### **Rassistisch motivierte Gewalttaten**

Täglich werden in Deutschland durchschnittlich zwei Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt. Die Dunkelziffer ist groß. Im Jahr 2002 registrierte die Polizei beispielsweise in Brandenburg 81 rechtsextreme Gewalttaten, der Potsdamer Verein Opferperspektive, der seit 1998 Opfer rechter/rassistisch motivierter Gewalt unterstützt, dokumentierte hingegen 121 Angriffe, also 50 Prozent mehr. Für den Berliner Politologen Hajo Funke wird deutlich, dass Politik und Gesellschaft vor drei Jahren ein „oberflächliches Strohfeuer“ entfacht hätten, ohne über die tatsächlichen Ursachen zu diskutieren. Die ausländerfeindliche und gewaltbereite Alltagskultur sei nicht aufgebrochen worden, so Funke, „der Schmelbrand wurde nicht eingedämmt“. Auch im Jahr 2003 geht die Welle der rassistisch motivierten Gewalt weiter. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gab es im ersten Halbjahr 245 rechtsextrem motivierte Gewalttaten, wobei es sich hierbei nur um eine vorläufige Statistik handelt, die erfahrungsgemäß durch Nachmeldungen und Korrekturen noch erheblich ansteigen wird. (Quelle: FR, 18.8.2003)

## ... aus dem Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland

### Projekt zur beruflichen Integration jugendlicher Migrantinnen und Migranten

Projekt der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) und der Diakonie Essen

Informationen: BfA, Berliner Platz 10, 45127 Essen, Tel: 02 01 / 1 81-85 95, Fax: 02 01 / 1 81-21 21, [essen.SIE@arbeitsamt.de](mailto:essen.SIE@arbeitsamt.de)

Und: NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH, Königgrätzstr. 12, 45138 Essen, Tel: 02 01 / 2 80 38 77, Fax: 02 01 / 2 80 38 33, [pro-bin@neue-arbeit-essen.de](mailto:pro-bin@neue-arbeit-essen.de)

### PädagogIn für interkulturelle Arbeit

Das Meinwerk Institut, IN VIA Akademie bietet ab November 2003 eine vierteilige Weiterbildung an, in der migrations- und integrationsrelevantes Wissen vermittelt und Handlungskompetenzen gestärkt und ausgebaut werden sollen. Ziele der Ausbildung sind ferner die Erweiterung der pädagogischen Konzepte und die interkulturelle Ausrichtung der pädagogischen Praxis der TeilnehmerInnen.

Informationen: Meinwerk Institut IN VIA Akademie, Giersmauer 35, 33098 Paderborn, Tel: 0 52 51 / 29 08 – 0, Fax: 0 52 51 / 29 08 68

[b.hibbeln@meinwerk.de](mailto:b.hibbeln@meinwerk.de), [www.meinwerk.de](http://www.meinwerk.de)

### Fortbildungsreihe zur MultiplikatorIn für anti-rassistische Bildung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung

Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V., Kurve Wustrow führt eine Fortbildung für MultiplikatorInnen durch. Die sechsteilige Fortbildung möchte persönliche Wahrnehmungen und Erlebnisse im Kontext Rassismus reflektieren, Handlungsalternativen erarbeiten und erproben und den TeilnehmerInnen Kenntnisse vermitteln, die sie in Zukunft befähigen, selber antirassistische Übungen anzuleiten.

Informationen: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V., Kurve Wustrow, Kirchstraße 14, 29462 Wustrow, Tel: 0 58 43 / 98 71-0, Fax: 0 58 43 / 98 71-11, [info@kurviewustrow.org](mailto:info@kurviewustrow.org)

[www.kurviewustrow.org](http://www.kurviewustrow.org)

### Grafikwettbewerb für Toleranz

Der Verband für interkulturelle Arbeit e. V. (VIA) startet einen Wettbewerb, der Jugendliche aufruft, sich mit antirassistischen Themen und dem Zusammenleben verschiedener Kulturen in Deutschland positiv auseinander zu setzen und dies mit Hilfe von Grafiken, Cartoons, Karikaturen, Comics, Skizzen, Zeichnungen oder Kollagen umzusetzen. Der Wettbewerb läuft bis zum 30.11.2003. Informationen: Verband für Interkulturelle Arbeit - VIA e.V., Bundesgeschäftsstelle, Hochemmeri-

cher Str. 71, 47226 Duisburg, Tel: 0 20 65 / 5 33 46, Fax: 0 20 65 / 5 35 61, [grafik@via-bundesverband.de](mailto:grafik@via-bundesverband.de)  
[www.via-bundesverband.de](http://www.via-bundesverband.de)

Neu gestaltete Website des IDA e. V.

Ende Juli wurde die Homepage des IDA e. V. unter [www.IDAeV.de](http://www.IDAeV.de) in neuem Design veröffentlicht. Neben Informationen über den Verein und dessen Arbeitsschwerpunkte, befinden sich auf den Seiten verschiedene Service-Angebote:

In der Rubrik „Trainings“ können Auskünfte über interkulturelle und/oder antirassistische Trainings und deren AnbieterInnen abgerufen werden. Das IDA-Film- und Videoverzeichnis bietet einen Überblick über Filme der Themenbereiche (Anti-) Rassismus, Rechtsextremismus, Migration und interkulturelles Lernen, die in der Jugend- und Bildungsarbeit eingesetzt werden können. In der Rubrik „Lesenswert“ befinden sich neben kurzen Darstellungen aller bei IDA zu bestellenden Reader und Verzeichnisse, nach Themengebieten geordnete Texte von MitarbeiterInnen oder Mitgliedern des IDA, die als PDF-Dokumente zum Download bereitstehen. Auch die IDA-Infomail, die sechsmal jährlich erscheint und einen Überblick über Neuigkeiten und Aktivitäten aus der Jugend- und Jugendverbandsarbeit gibt, ist auf der Seite zu finden. Bei Interesse können alle Publikationen des IDA nun auch direkt über ein Online-Formular bestellt werden. Einen neuen Schwerpunkt bilden die Ergebnisse des IDA-Projekts zu „Antisemitismus unter Jugendlichen“, die fortlaufend in der Rubrik „Projekte“ dokumentiert werden.

## Literatur und Materialien ...

### ... zum Thema Rechtsextremismus

📖 Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung e. V. (Hg.): Spezialitäten aus Mittelfranken. Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen, Fürth: adip, 2003

📖 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990 – 2000, Köln 2001

📖 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): Rechtsextremistischer Revisionismus - ein Thema von heute, Köln 2001

📖 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile, Informationen zur politischen Bildung aktuell, Bonn 2001

📖 Bundeszentrale für politische Bildung/Koordinierungsstelle Medienpädagogik (Hg.): Rechtsextremismus im Internet. Recherchen, Analysen, pädagogische Modelle zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, CD-ROM, Bonn 2002

📖 Dietzsch, Martin/Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Schobert, Alfred: Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit“, Duisburg: DISS, 2003

📖 Esser, Frank/Scheufele, Bertram/Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002

📖 Heinrich, Gudrun/Werz, Nikolaus: Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (Hg.): Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18), Rostock 2003

📖 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2002, Düsseldorf 2003

📖 Wahl, Klaus (Hg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen: Leske+Budrich, 2003

### **... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus**

📖 Ben-Ari, Gal (Hg.): Die Saat des Hasses. Juden und Israel in den arabischen Medien, Holzgerlingen: Hänssler Verlag, 2002

📖 Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika (Hg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, Berlin: Metropol Verlag, 2002

📖 Berger Waldenegg, Georg Christoph: Antisemitismus: „Eine gefährliche Vokabel“? Diagnose eines Wortes, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 2003

📖 Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)/Regionale Arbeitsstelle Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin (Hg.): Standpunkte. Erziehung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Eine CD-ROM für Berliner Lehrerinnen und Lehrer, Berlin o. J.

📖 Breitenfellner, Kirstin/Kohn-Ley, Charlotte (Hg.): Wie ein Monster entsteht. Zur Konstruktion des anderen in Rassismus und Antisemitismus, Bodenheim: Philo Verlagsgesellschaft, 1998

📖 Brumlik, Micha (Hg.): Zuhause, keine Heimat? Junge Juden und ihre Zukunft in Deutschland, Gerlingen: Bleicher Verlag, 1998

📖 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Vorurteile – Stereotype – Feinbilder. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 271, Bonn 2001

📖 Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): Nii Addy, David: Diskriminierung und Rassismus. Internationale Verpflichtungen und nationale Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit in Deutschland, Berlin 2003

📖 DGB Jugend (Hg.): Best Practice. Gewerkschaftsjugend 2002, Berlin

📖 Eidgenössisches Departement des Innern, Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.): Weltkonferenz gegen Rassismus 2001, Durban (Südafrika). Erklärung und Aktionsprogramm, Bern 2002

📖 Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Hg.): Aktivitäten der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht 2002, Luxemburg 2003

📖 European Network Against Racism (Hg.): Glaube und Ausgrenzung. Religiöse Diskriminierung in Europa bekämpfen. Ein erster ENAR-Ansatz, Brüssel 2003

📖 Haibl, Michaela: Zerrbild als Stereotyp. Visuelle Darstellungen von Juden zwischen 1850 und 1900, Berlin: Metropol Verlag, 2000 (Reihe Dokumente – Texte – Materialien, Bd. 26)

📖 Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Interkulturelle und antirassistische Trainings auf dem Prüfstand. Evaluationskonzepte und Ergebnisse. Dokumentation der Tagung des Landes zentrums für Zuwanderung NRW am 31. Januar 2002 in Bonn, Dokumentation 3/2002, Solingen 2002

📖 Mädchentreff Bielefeld e. V. (Hg.): Girls act! Anti-rassistische Mädchenprojekte in Kooperation mit Schule. Dokumentation des Antirassismus-Projekts „Girls act – Antirassistische Mädchenprojekte in Kooperation mit Schule“, o. J. Bielefeld

📖 Romberg, Otto R./Urban-Fahr, Susanne (Hg.): Juden in Deutschland nach 1945, Frankfurt/M.: Tribüne-Verlag, 1999

📖 Wieghaus, Georg: Jakob der Lügner. Nach dem Roman von Jurek Becker, Kevelaer: Butzon & Bercker, 2002

📖 Zuckermann, Moshe: Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß, Hamburg: Konkret Verlag, 2003

### ... zum Thema Migration

📖 Badawia, Tarek/Hamburger, Franz/Humrich, Merle (Hg.): Wider die Ethnisierung einer Generation. Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung, Frankfurt/M./London: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 2003

📖 Eidgenössische Kommission für Jugendfragen, Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.): Offene Jugendarbeit und soziokulturelle Animation: Bestandaufnahme und Perspektiven der Arbeit mit Migrationsjugendlichen, Bern 2003

📖 Gemein, Gisbert/Oezsinmaz, Metin: Deutsche und Türken in der Geschichte, Münster: Aschendorff Verlag, 2001

📖 Goldberg, Andreas/Halm, Dirk/Sauer, Martina (Hg.): Migrationsbericht des Zentrum für Türkei-studien 2002, Münster: Lit Verlag, 2001 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Zentrums für Türkeistudien, Bd. 4)

📖 Landesvorstand der HDF-NRW (Hg.): Dokumente zum Landesprojekt: „Politische Integration junger Migrantinnen und Migranten durch Qualifikationsmaßnahmen“, Duisburg o. J.

📖 Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Die Beratung von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen: Bedeutung, Anforderungen, Perspektiven. Positionspapier des Qualitätszirkels „Beratungspraxis bei Diskriminierungsfällen“, Solingen 2003

📖 Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Forum Migrations- und Integrationsforschung 2001. (Zwischen)Bilanz über den Stand der Debatte über den Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik. Exemplarische Darstellung von Praxisforschungsprojekten im Integrationsbereich. Dokumentation des Forums Migrations- und Integrationsforschung 2001 am 13. November in Dortmund, Dokumentation 2/2003, Solingen 2003

📖 Unabhängige Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (URL) (Hg.): Was guckst du, was denkst du? Der Einfluss des Fernsehens auf das Ausländerbild von Kindern und Jugendlichen im Alter von 9 bis 14 Jahren, Kiel 2003 (Themen, Thesen, Theorien, Bd. 22)

📖 United Nations (Hg.): International Migration Report 2002, New York 2002

📖 Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Von Förderprogrammen zu Mainstreamingstrategien. Migrant/innen als Kunden und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Eine gemeinsame Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB Bildungswerks, Bereich Migration & Qualifizierung, am 1. Oktober 2002 in Bonn, Bonn 2003 (Gesprächskreis Migration und Integration)

### ... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

📖 Althaus, Hans Peter: Kleines Lexikon deutscher Wörter jiddischer Herkunft, München: Verlag C. H. Beck, 2003

📖 Althaus, Hans Peter: Zocker, Zoff & Zores. Jiddische Wörter im Deutschen, 2. durchgesehene Auflage, München: Verlag C. H. Beck, 2003

📖 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (Hg.): „Gemeinsam leben und lernen“ - Interkulturelle Orientierung in Tageseinrichtungen für Kinder. Dokumentation der 3. bundesweiten Arbeitstagung für Leiter/-innen in Tageseinrichtungen für Kinder, Bonn 2002 (Schriftenreihe Theorie und Praxis)

📖 AWO Bundesverband e. V. (Hg.): Standpunkte. Interkulturelle Öffnung in Tageseinrichtungen für Kinder der AWO, Bonn 2003

📖 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/Nationale Koordinierungsstelle Xenos (Hg.): Gemeinsam sind wir am stärksten, Teil 1, CD-ROM, Berlin/Bonn 2003

📖 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Islam – Politische Bildung und interreligiöses Lernen. Arbeitshilfen für die politische Bildung, Loseblattsammlung und CD-ROM, Bonn 2002

📖 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Israel Projektwoche. Arbeitshilfen für die politische Bildung, 2. aktualisierte und erweiterte

Ausgabe, Loseblattsammlung und CD-ROM, Bonn 2002

☞ Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Israel. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 278, Bonn 2003

☞ Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Beispielhaft: Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Berlin 2003 (Schriftenreihe Nr. 37)

☞ Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Beispielhaft: Internationale Jugendbegegnungen, Berlin 2002 (Schriftenreihe Nr. 35)

☞ Forschungsstelle Migration und Integration an der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Hg.): Interkulturell und Global. Forum für Interkulturelle Kommunikation, Erziehung, Bildung und globales Lernen, Heft 3/4, Freiburg 2002

## IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Frankfurt am Main  
Postfach 900 421, D – 60444  
Frankfurt am Main  
Phone: +49-(0)69-784808 / Fax:  
+49-(0)69-7896575  
E-Mail: info@iko-verlag.de  
Internet: www.iko-verlag.de

London  
70 c, Wrentham Avenue,  
London NW10 3HG, UK  
Phone: +44-(0)20-76881688  
Fax: +44-(0)20-76881699



### Thomas Geisen/ Allen Karcher Grenze: Sozial - Politisch - Kulturell

Ambivalenzen in  
den Prozessen der  
Entstehung und  
Veränderung von  
Grenzen  
Beiträge zur Regional-  
und Migrationsfor-  
schung,  
Band 2  
2003, 272 S., € 19,90,  
ISBN 3-88939-697-6



Dita Vogel (Hrsg.)  
Einwanderungs-  
land  
Niederlande  
Politik und Kultur  
2003, 239 S., € 21,80,  
ISBN 3-88939-646-1

☞ Kreisjugendring München-Stadt im Bayerischen Jugendring (Hg.): Schad, Ute: Alle Menschenrechte für Alle. Dokumentation. Ergebnisse einer Projektreihe zur Verknüpfung von geschlechtsspezifischen und interkulturellen Arbeitsansätzen im Freizeittreff Kegelhof des Kreisjugendring München-Stadt (1997 – 2002), München 2002

☞ Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. (Hg.): „Die Welt ist bunt, Salzwedel erst recht“. Eine Dokumentation zivilgesellschaftlichen Engagements, Gardelegen 2002

☞ Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger (Hg.): Woche der ausländischen Mitbürger. Interkulturelle Woche 2003, Frankfurt/M. 2003

☞ Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hg.): Irina gehört dazu! Ein Buch für Kinder in Tagesstätten und Grundschulen, Stuttgart 2003

☞ Sportjugend Hessen (Hg.): Projekt „Interkulturelle Konfliktvermittlung / Mediation im Fußball“ 1998 – 2001, Frankfurt/M. 2002

☞ Tworuschka, Monika: Grundwissen Islam. Religion, Politik und Gesellschaft, Münster: Aschendorff Verlag, 2003

☞ Verein für Kommunalwissenschaften e. V. (Hg.): Das Andere. Perspektiven der Jugendhilfe zum Umgang mit kultureller Vielfalt. Dokumentation der Fachtagung am 6. und 7. Juni 2002 in Berlin, Berlin 2003 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 35)

☞ Vogel, Dita (Hg.): Einwanderungsland Niederlande - Politik und Kultur, Frankfurt/M./ London: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 2003

☞ Wilamowitz-Miellendorff von, Ulrich: Was halten die Deutschen vom Islam? Ergebnisse einer Umfrage. (Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 109), Sankt Augustin 05/2003

### ... zum Thema NS-Vergangenheit

☞ Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW e. V. (Hg.): Forschen – Lernen – Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Düsseldorf 2002

☞ Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten, Essen: Klartext, 1998 (Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 9)

☞ Benz, Wolfgang (Hg.): Lexikon des Holocaust, München: Verlag C. H. Beck, 2002

☞ Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hg.): Erinnern und verschweigen. Themenblätter im Unterricht, Nr. 14, Bonn 2002

☞ Deckert-Peaceman, Heike/George, Uta/Mumme, Petra: Ausschluss, Heft 3, Frankfurt/M.: Fritz Bauer Institut, 2003 (Hefreihe Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust)

☞ Geschichtsort Villa ten Hompel/Franz Hitze Haus/Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hg.): Aus der Geschichte lernen?! Gedenkstättenfahrten nach Bergen-Belsen und Buchenwald. Seminarprogramm für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II, Münster 2003

☞ Giere, Jacqueline/Kößler, Gottfried: Gruppe, Heft 2, Frankfurt/M.: Fritz Bauer Institut, 2001 (Hefreihe Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust)

☞ Giere, Jacqueline/Schmidhofer, Tanja: Todsmärsche und Befreiung, Heft 6, Frankfurt/M.: Fritz Bauer Institut, 2003 (Hefreihe Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust)

☞ Knolle-Tiesler, Uta/Kößler, Gottfried/Tauke, Oliver: Ghetto, Heft 4, Frankfurt/M.: Fritz Bauer Institut, 2002 (Hefreihe Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust)

☞ Kößler, Gottfried/Mumme, Petra: Identität, Heft 1, Frankfurt/M.: Fritz Bauer Institut, 2000 (Hefreihe Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust)

## ... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

☞ Rauschenbach, Thomas/Düx, Wiebken/Sass, Erich (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen und fachliche Herausforderungen, Weinheim/München: Juventa Verlag, 2003

☞ Rose, Lotte: Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendarbeit, Weinheim/Basel/Berlin: Beltz Verlag, 2003

☞ Wiards, Mathias/Butt, Jochen: „Was Geht.“ Probleme lösen, mehr Durchblick bekommen, Projekte machen. Handbuch und CD-Rom für Jugendinitiativen, Hannover 2002 (Reihe Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Bd. 26)

## Veranstaltungen

### ⊕ Diskriminierung bekämpfen – Chancengleichheit fördern. Erwartungen an ein Antidiskriminierungsgesetz in Deutschland

Podiumsdiskussion

Termin: 1. Oktober 2003

Ort: Komed, Köln

Informationen: Landeszentrum für Zuwanderung, Dimitria Clayton, Keldersstr. 6, 42697 Solingen, Tel: 02 12 / 23 23 9-14, [www.lzz-nrw.de](http://www.lzz-nrw.de)  
[www.quba-online.net](http://www.quba-online.net)

### ⊕ Prinzipien und Methoden antirassistischer Bildungsarbeit I

Termin: 1.-5. Oktober 2003

Ort: Heimvolkshochschule Springe (bei Hannover)  
Informationen: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V., Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel: 0 58 43 / 98 71-31, [toleranz@kurvewustrow.org](mailto:toleranz@kurvewustrow.org)  
[www.aktiv-gegen-rassismus.de](http://www.aktiv-gegen-rassismus.de)

### ⊕ Lust auf Demokratie. Kreative Handlungsräume im Umgang mit Rassismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Jahrestagung des Arbeitskreises der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr)

Termin: 13.-15. Oktober 2003

Ort: Politische Akademie Biggese, Attendorn

Informationen: Landeszentrale für politische Bildung, Herbert C. Cormann, Tel: 02 21 / 86 18 46 22, [herbert.cormann@mwa.nrw.de](mailto:herbert.cormann@mwa.nrw.de)  
(siehe auch Beilage in dieser Ausgabe des „Überblick“)

### ⊕ Partizipation verbindet: Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Jugendverbänden – Chancen und Herausforderungen

Termin: 15.-17. Oktober 2002

Ort: Bonn

Informationen: Deutscher Bundesjugendring, Am Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel: 0 30 / 40 04 04-13, Fax: 0 30 / 40 04 04-22  
[Christian.weis@dbjr.de](mailto:Christian.weis@dbjr.de), [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)

⊕ **Prinzipien und Methoden antirassistischer Bildungsarbeit II – ein theaterpädagogischer Workshop**

Termin: 22.-26. Oktober 2003

Ort: Energie- und Umweltzentrum am Deister (bei Hannover)

Informationen: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V., Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel: 0 58 43 / 98 71-31, [toleranz@kurvewustrow.org](mailto:toleranz@kurvewustrow.org)  
[www.aktiv-gegen-rassismus.de](http://www.aktiv-gegen-rassismus.de)

⊕ **Massenmedien, Migration, Integration: Migrationsberichterstattung als Herausforderung für Journalismus und politische Bildung**

Termin: 8. November 2003

Ort: Internationales Zentrum der Caritas Köln, Stolzestr. 1a, 50674 Köln

Informationen: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Overrather Str. 51-53, 51429 Bergisch-Gladbach, Tel: 0 22 04 / 40 84 72, [akademie@tma-bensberg.de](mailto:akademie@tma-bensberg.de)

⊕ **Interkultur lernen**

Termin: 17.-19. November 2003

Ort: Akademie Remscheid

Informationen: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Am Stockborn 1-3, 60439 Frankfurt/M., Tel: 0 69 / 9 58 07-2 02, Fax: 0 69 / 9 58 07-3 81

[veranstaltungen@deutscher-verein.de](mailto:veranstaltungen@deutscher-verein.de)  
[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

⊕ **Fachtagung Rechtsextremismus Mit interkultureller Pädagogik gegen „national befreite Zonen“?**

Termin: 19. November 2003

Ort: Handwerkskammer Düsseldorf

Informationen und Anmeldung: IDA-NRW, Anne Broden, Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, [Info@IDA-NRW.de](mailto:Info@IDA-NRW.de), [www.IDA-NRW.de](http://www.IDA-NRW.de)  
(s. auch Beilage in diesem Heft)

⊕ **MigrantInnen im Stadtteil**

Termin: 19.-21. November 2003

Ort: Hannover

Informationen: Landeshauptstadt Hannover, Tel: 05 11 / 1 68-4 64 58, Fax: 05 11 / 1 68-4 21 44

[Wolfgang.prauser@hannover-stadt.de](mailto:Wolfgang.prauser@hannover-stadt.de)  
[www.stadtteilarbeit.de](http://www.stadtteilarbeit.de)

⊕ **Gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Umgang mit Rassismus**

Termin: 19.-23. November 2003

Ort: Königshorst (Wendland)

Informationen: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V., Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel: 0 58 43 / 98 71-31, [toleranz@kurvewustrow.org](mailto:toleranz@kurvewustrow.org)  
[www.aktiv-gegen-rassismus.de](http://www.aktiv-gegen-rassismus.de)

⊕ **Training Achtung + Toleranz**

Termin: 1. Block: 24.-28. November 2003

2. Block: 1.-5. März 2004

Ort: Bochum

Informationen: RAA Bochum, Kai-Uwe Olbrich, Rathauscenter, Hans-Böckler-Str. 19, 44777 Bochum, Tel: 02 34 / 9 10 18 00

⊕ **Interkulturelle Öffnung der Jugendverbände**

Termin: 6./7. Dezember 2003

Ort: Essen

Informationen: Bundesjugendwerk der AWO, Natalie Rohrbeck, Tel: 02 28 / 66 85-1 17

[Natalie.rohrbeck@bundesjugendwerk.de](mailto:Natalie.rohrbeck@bundesjugendwerk.de)

⊕ **Elternkongress**

Termin: 14. Februar 2004

Ort: Essen

Informationen: Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW, Fürstenwall 25, 40190 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 8 55 34 07

[boguslaw.zareba@mgsff.nrw.de](mailto:boguslaw.zareba@mgsff.nrw.de)  
[www.integrationsbeauftragter.nrw.de](http://www.integrationsbeauftragter.nrw.de)